



**Sechster Besuch der
Internationalen Zivilen
Menschenrechts-
Beobachtungs-
Kommission
(CCIODH)**

30. Januar bis 20. Februar 2008

Atenco

1. Einleitung	1
2. Nachverfolgung der Prozesse aufgrund von Anzeigen der Menschenrechtsverletzungen	3
2.1. Nachverfolgung der Prozesse wegen gewaltsamen Todes	3
2.2. Nachverfolgung der Prozesse wegen Amtsmißbrauch und Folter	4
2.3. Nachverfolgung der Prozesse wegen Vergewaltigung und sexueller Übergriffe	5
2.4. Die Untersuchung des Obersten Gerichtshofs Mexikos	7
2.5. Klage der FPDT bei der Generalstaatsanwaltschaft	7
2.6. Klage vor der spanischen Audiencia Nacional	8
3. Nachverfolgung der Gerichtsprozesse gegen die Festgenommenen und ihre Unregelmäßigkeiten	9
3.1. Gerichtsprozesse	9
3.2. Unregelmäßigkeiten in den Prozessen	10
4. Verletzung der Rechte der Frauen	14
4.1. Nichteinhaltung und Behinderung des Istanbul-Protokolls	14
4.2. Psychologisches Brechen der Opfer: zweimal gefoltert	16
4.3. Psychosoziale Auswirkungen der Folter auf die Frauen	18
5. Aktuelle Stimmen und Zeugnisse zum sozialen Konflikt	20
5.1. Landkonflikte	20
5.2. Nachverfolgung der Situation der Gefangenen	21
5.3. Die Ex-Festgenommenen und Ex-Gefangenen	24
5.4. Die Mahnwache: Solidarität mit den Gefangenen	25
5.5. Frauen	26
5.6. 2006 festgenommene Ausländer/innen	27
6. Analyse der psychosozialen Auswirkungen	28
6.1. Strategien der Kontrolle über die Bevölkerung. Strategien psychosozialer Schädigung	28
6.2. Individuelle und kollektive Auswirkungen	28
6.2.1. Individuelle Auswirkungen	29
6.2.2. Auswirkungen auf familiärer Ebene	31
6.2.3. Kollektive Auswirkungen	32
6.3. Formen der individuellen und kollektiven Bewältigung	33
7. Menschenrechte	35
7.1. Verletzung individueller Menschenrechte	35
7.2. Straflosigkeit und Verletzung des Rechts auf Gerechtigkeit und Wiedergutmachung des Schadens	35
7.3. Spezifische Menschenrechtsverletzungen	36
7.3.1. Politische und Gewissensgefangene	36
7.3.2. Der Freiheit beraubte Personen	36
7.3.3. Frauen	37
7.3.4. Bevölkerung von San Salvador Atenco	37
8. Schlußfolgerungen und Empfehlungen bezüglich Atenco	38
Schlußfolgerungen	38
Empfehlungen	39

1. Einleitung

Kontext und aktuelle Situation des Konflikts

Einen Monat nach den gravierenden Vorfällen vom 3. und 4. Mai 2006 in Texcoco und San Salvador Atenco besuchte die CCIODH zum 4. Mal Mexiko. Sie dokumentierte die Ereignisse und interviewte mehr als 200 Personen, Vereinigungen, Kollektive und Institutionen. Sie veröffentlichte einen Bericht, der allen diesen Gesprächspartnern sowie verschiedenen internationalen Instanzen übergeben wurde. In ihren Schlußfolgerungen und Empfehlungen analysierte die Kommission den von den bezirklichen, bundesstaatlichen und nationalen Behörden angeordneten Polizeieinsatz gegen diesen Bezirk des Bundesstaats Estado de México (Edomex), wobei sie einen "exzessiven Einsatz der Polizeigewalt" konstatierte, "in dem die internationalen Standards zum Schutz der Menschenrechte nicht respektiert wurden".

Im Rahmen des Einsatzes und der darauffolgenden Festnahmen wurden die Menschenrechte massiv und schwerwiegend verletzt: zwei Personen verloren das Leben; von Seiten der Ordnungskräfte wurde Folter (einschließlich sexueller Folter) angewandt; ohne rechtliche Grundlage wurde in Dutzende Häuser eingedrungen sowie mehr als 200 Personen willkürlich festgenommen. Die Kommission empfahl eine Reihe von Maßnahmen, u.a. sich um die vergewaltigten oder sexuell angegriffenen Frauen zu kümmern und die Gefangenen sofort freizulassen, die Hauptverantwortlichen des Einsatzes ihres Postens zu entheben, die materiellen Täter der schlimmsten Übergriffe zu bestrafen, die Vorfälle aufzuklären sowie dringend Maßnahmen einzuleiten, um die Schäden der Bevölkerung umfassend wiedergutzumachen. Ein Jahr und acht Monate nach den Vorfällen hat die CCIODH Atenco und die wichtigsten Akteure des Konflikts erneut besucht, um die Umsetzung ihrer Empfehlungen, den Fortgang der juristischen Prozesse – besonders bezüglich der Fälle sexueller Gewalt – sowie den Zustand der Gefangenen und ehemaligen Gefangenen zu überprüfen.

Dieser 6. Besuch der CCIODH in San Salvador Atenco findet statt im Kontext der neuen Regierung von Felipe Calderón als Präsident Mexikos. Einige Aspekte der aktuellen nationalen Situation können wichtige Auswirkungen auf die Entwicklung der Situation in Atenco haben. Auf politischer Ebene haben die Spannungen aufgrund der Umstände der Präsidentenwahl die Spaltungen innerhalb der Bevölkerung noch vertieft. Auf ökonomischem Gebiet hat der Fall der letzten Zollschränken im Rahmen der NAFTA die Verarmung der Bauern weiter vorangetrieben und starke Steigerungen der Lebensmittelpreise hervorgerufen, z.B. bei Tortillas, dem Grundnahrungsmittel für Millionen mexikanischer Familien.

Auf der anderen Seite verstärkt die Einführung verschiedener Projekte und Megaprojekte, die das gesellschaftliche Eigentum des Bodens zurückdrängen, die Landflucht und die Emigration. Gleichzeitig wird auf den Widerstand der indigenen Völker und bäuerlichen Gemeinden gegen diese Politik immer öfter mit Repression – mit verstärkter Militarisierung und Paramilitarisierung – statt mit Dialog reagiert.

Die CCIODH hat sich bemüht, die aktuelle Situation des Landkonflikts, der betroffenen Bevölkerung und der Folgen des Polizeieinsatzes zu analysieren sowie auch die Lage der Menschenrechte im Fall Atenco in ihren juristischen, ökonomischen und psychosozialen Dimensionen sowohl auf nationaler Ebene als auch bezüglich internationaler Normen genau einzuschätzen.

Die CCIODH stellt fest, daß es seit ihrem letzten Besuch wenig Fortschritte gab und daß die in San Salvador Atenco beobachtete Verletzung der Menschenrechte weiterhin äußerst besorgniserregende Züge trägt, von der allgemeinen Lage bis hin zu ganz konkreten Fällen. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Lage im Land zeichnet sich keine Verbesserung ab: wachsende Militarisierung, Kriminalisierung der sozialen Aktivisten, Verfolgung unabhängiger Journalisten – während das Monopol der großen Medien weiter wächst – und Straflosigkeit für die Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen.

Inzwischen wurden vielen Personen, die bei den Einsätzen vom 3. und 4. Mai 2006 willkürlich festgenommen wurden, *Amparos* (ein gerichtlicher Schutz vor Maßnahmen, die die individuellen Grundrechte mißachten) zugestanden, oder sie wurden nach und nach freigelassen; bei einigen wurden sämtliche Anschuldigungen fallengelassen. Dennoch laufen bei Redaktionsschluß dieses Berichts immer noch Verfahren gegen 170 Personen. Das Verbleiben von 16 Mitgliedern oder Sympathisanten der *Front der Völker zur Verteidigung der Erde* (FPDT) im Gefängnis, die Haftbefehle

gegen viele Personen und vor allem die Haftstrafen von jeweils über 67 Jahren für drei Sprecher der FPDT sind ein klarer Beweis für das Fortdauern der Repression.

Das alles kontrastiert mit der Straflosigkeit gegenüber den sowohl praktisch als auch ideell Verantwortlichen der illegalen Festnahmen, der Folter, der Vergewaltigungen – neun Frauen wurden vergewaltigt, 23 erlitten sexuelle Übergriffe und Folter – und anderer Brutalitäten während des Polizeieinsatzes. Von den 64 Polizisten, gegen die Ermittlungen geführt wurden, wurden nur 21 für schuldig befunden (vier wurden entlassen, der Rest für eine Dauer zwischen zwei Wochen und drei Monaten suspendiert oder verwarnt), keiner von ihnen wurde inhaftiert. Die wichtigen Entlassungen in diesem Fall geschahen nicht aufgrund der Repression.

Über diese Untersuchung der vergangenen Vorfälle hinaus hat die CCIODH bei ihrem 6. Besuch weitere Vorfälle festgestellt. Es konnten Zeugenaussagen dokumentiert und gesammelt werden, die die emotionale Instabilität aufgrund der Furcht vor Wiederholung der Ereignisse von 2006 reflektieren und die fortgesetzte Situation der Verfolgung und Bedrängung in verschiedener Weise belegen.

Diese Einschüchterung richtet sich nicht nur gegen die Personen, die am Widerstand gegen das Flughafenprojekt beteiligt waren. Es zeigen sich verschiedene Methoden, die Bevölkerung einzuschüchtern und zu spalten: Anwesenheit von uniformierter bundesstaatlicher Polizei und von Zivilisten vor Privathäusern (die mit Fotoapparaten Überwachung durchführen) – sowohl um Nachforschungen über die Untergetauchten anzustellen als auch um Druck auszuüben auf diejenigen, die weiterhin mit den Gefangenen und ihren Angehörigen soziale und solidarische Arbeit leisten –, die Feindseligkeiten gegenüber den Teilnehmern der Mahnwachen, Polizeipatrouillen, Anwesenheit Uniformierter vor den Schultoren und sogar nächtliche Überflüge mit Kleinflugzeugen (die die Bevölkerung beunruhigen, da sie keine Erklärung dafür findet). Außerdem wird immer mehr von der Möglichkeit gesprochen, daß die Pläne für das Flughafenprojekt wiederaufgenommen werden. Es gibt Zeugenaussagen über Kaufangebote für das Land. Es besteht weiterhin die Drohung einer erneuten massiven Polizeiintervention, und es gibt Verleumdungskampagnen und Beschuldigungen gegen die Gegner des Projekts.

Auf der anderen Seite berichten viele der Befragten, obwohl sie von ihrem fortdauernden Widerstandswillen sprechen, von der Stimmung der Traurigkeit und Demoralisierung, von der ein wichtiger Teil der Bevölkerung betroffen ist. Die harten Strafen, die als extrem ungerecht beurteilt werden, wie auch die Haftbedingungen ihrer Gefährten im Hochsicherheitsgefängnis tragen zu dieser Demoralisierung bei.

2. Nachverfolgung der Prozesse aufgrund von Anzeigen der Menschenrechtsverletzungen

2.1. Nachverfolgung der Prozesse wegen gewaltsamen Todes

Während der Ereignisse von Atenco starben zwei Personen – Alexis Benhumea und Francisco Javier Cortés -, und die Verantwortlichen wurden immer noch nicht zur Rechenschaft gezogen. Die nationale Menschenrechtskommission CNDH mahnte die bundesstaatliche Regierung in ihrer Empfehlung Nr. 38/2006, die "Untersuchungen bezüglich des Mordes der genannten Personen" fortzusetzen.

Die CCIODH stellt fest, daß in keinem Moment eine ausreichende Untersuchung durchgeführt wurde, die als mögliche Hypothese die Verantwortung irgendeines Mitglieds der Polizeieinheiten, die am Einsatz teilnahmen, nennt.

Interview 15: Familie von Alexis Benhumea

"Wir haben eine Anzeige erstattet, sie ratifiziert, aber keine Antwort bekommen. Das einzige, was die Behörden gesagt haben, ist, daß sie niemanden gefunden haben, daß sie nicht wissen, wer ihn geschlagen hat, sie haben sogar die öffentliche Meinung glauben lassen, wir selbst, seine Gefährten, hätten ihm einen Schlag gegeben haben können. (...) nun, [Javier Cortés] war ein Schüler der Sekundarstufe, der aus der Schule kam, als er geschlagen wurde. Die Polizei sah ihn und schoß auf ihn. Wir wissen, daß es auch hier keine Untersuchung gibt. Die Behörden sagten auch, daß die Leute von Atenco selbst auf ihn geschossen hätten, inzwischen hat sich gezeigt, daß es eine Polizeiwaffe war, aber (...) die Regierung ermittelt nicht und sagt, es gibt nichts, daß nichts gefunden wurde, daß es also keine Elemente gibt. Das heißt, es gibt keinen Fortschritt, die Untersuchung kommt in keiner Weise voran."

Aufgrund der bei den Behörden beobachteten Haltung vermutet die CCIODH, daß die Straflosigkeit weiter fortbestehen wird. Die Regierung hat keinen politischen Willen gezeigt, die Fälle zu lösen, und hat ihre diesbezügliche Zuständigkeit nicht anerkannt; im Fall Alexis Benhumea verweist sie unverständlicherweise darauf, daß der Tod in Mexiko-Stadt eintrat, obwohl der Akt der Tötung in Atenco stattfand.

Interview 248. Edomex

Juristischer Direktor des Innenministeriums: Israel Gómez Pedraza

"Dieser Junge lebt nicht in Atenco, er hat nie in Atenco gelebt (...) Er war aus Mexiko-Stadt (...) Ich wollte das erwähnen, weil wir aus genau diesem Grund keinerlei Verpflichtung ihnen gegenüber hatten. (...) Wie ich betont habe, ist er einfach in Mexiko-Stadt aufgetaucht, und da es keine Festlegung der strafrechtlichen Verantwortung gab, weil die strafrechtliche Verantwortung ... unabhängig davon, ob irgendwer für seinen Tod verantwortlich ist, haben wir diese Empfehlung befolgt und ihm eine solidarische Unterstützung gegeben."

Bezüglich Francisco Javier Cortés hält die Regierung des Bundesstaates México die Version aufrecht, ein Mitglied der FPDT könnte ihn getötet haben.

Interview 248. Edomex

Juristischer Direktor des Innenministeriums: Israel Gómez Pedraza

"Wenn dieser Junge durch einen Schuß in den Rücken aus 70 cm Abstand gestorben ist und er mit der Gruppe der Dorfbewohner zusammen war, muß es einer von ihnen gewesen sein. Denken Sie daran, daß sie einen Tag zuvor zwei Polizisten gekidnappt und entwaffnet haben; vergessen Sie nicht, sie hatten Polizeiwaffen."

Die Prozesse bezüglich dieser Tode haben sich von seiten der Regierung darauf beschränkt, zu versuchen, den Angehörigen finanzielle Hilfe zukommen zu lassen. Jedoch sind diese Hilfen außergerichtlich erteilt worden, ohne in irgendeiner Weise die Verantwortung anzuerkennen (weder die der Staatsbeamten noch die des Staates), als – wie die Regierung selbst sagt – "solidarische Unterstützung".

Interview 248. Edomex

Unterstaatsanwalt von Toluca: Alejandro Carmona

"Die Entschädigungen aufgrund richterlicher Anordnung brauchen ein Urteil über die Entschädigung. Und weil hier immer noch strafrechtlich untersucht wurde, haben wir es solidarische Unterstützung genannt, um uns nicht auf juristisches Gebiet zu begeben."

Gerade weil es eine Unterstützung war, die abseits der Strafverfolgung gewährt wurde, lehnten die Angehörigen von Alexis Benhumea sie ab:

Interview 248. Edomex

Innenminister: Victor H. Benítez Treviño

"Im Fall von Ollin Alexis lehnte sein Vater jegliche Unterstützung total ab. In einer sehr radikalen Position gegen die Regierung akzeptierte er sie weder von der bundesstaatlichen Regierung noch von der nationalen Regierung. ..."

Für die CCIODH ist das Fehlen von Ermittlungen die Garantie für Straflosigkeit. Angesichts dieser Haltung – die der von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen aufgestellten Empfehlung einer tiefgehenden Untersuchung ausweicht und die psychosoziale Situation der Spaltung innerhalb der Gemeinschaft verschlimmert – sind die durch die Regierung des Estado de México gewährten Hilfen anfällig dafür, als ein weiteres Mittel interpretiert zu werden, um die Angehörigen und die sozialen Bewegungen zum Schweigen zu bringen und zu spalten.

Interview 248. Edomex

Juristischer Direktor des Innenministeriums: Israel Gómez Pedraza

[Der Familie von F.J. Cortés] wurde nicht nur eine Werkstatt gewährt, sondern auch einige Maschinen und der Bau eines Raumes, um dort einige Elemente zu fertigen, so daß die Familie ihr eigenes Geschäft hat (...) eine Schneiderei, jetzt verkaufen sie Kleidung und fristen nicht nur ihr Leben, sondern haben ihr wirtschaftliches Vermögen mit der Hilfe der bundesstaatlichen Regierung erweitert."

Trotz des Mangels an Willen und Fähigkeit, die Tode aufzuklären, hat die CNDH diese Entschädigung ohne Gerechtigkeit gutgeheißen und mit diesen Hilfen ihre Forderungen für erfüllt gehalten.

2.2. Nachverfolgung der Prozesse wegen Amtsmißbrauch und Folter

In ihrem vorherigen Bericht schlußfolgerte die CCIODH, daß es während des Polizeieinsatzes vom 3. und 4. Mai 2006 massive Menschenrechtsverletzungen gab, die sich nicht nur in sexuellen Übergriffen äußerten; es fanden ebenfalls illegale Festnahmen, ungerechtfertigter Hausfriedensbruch, Raub, Verletzung der Prozeßrechte, physische, verbale und moralische Angriffe und sogar Praktiken der Folter statt.

In gleicher Weise wie die CCIODH drängte auch die CNDH die Autoritäten, die Untersuchung der Ereignisse und die Bestrafung der Verantwortlichen voranzubringen. Gemäß Informationen der bundesstaatlichen Regierung wurden zwecks Umsetzung dieser Empfehlungen 25 Polizisten einem Gerichtsverfahren wegen mutmaßlichen Amtsmißbrauchs unterworfen.

Interview 248. Edomex

Innenminister: Victor H. Benítez Treviño

"Was die Polizisten betrifft, so wurden 25 Strafprozesse wegen der Verletzungen eröffnet, vier gegen Polizisten aus San Salvador Atenco, 21 gegen Polizisten der bundesstaatlichen Sicherheitsbehörde. 25 Personen wurden angeklagt und den Richtern überantwortet."

Von all diesen bekam nur ein einziger ein Verfahren wegen Folter vor dem Bundesgericht.

Interview 248. Edomex

Innenminister: Victor H. Benítez Treviño

"Mein Sekretär hat mich erinnert, daß doch eine Untersuchung wegen Folter eröffnet wurde und sich bei der Generalstaatsanwaltschaft des Estado de México befindet. (...) Die Untersuchung wegen Folter, weil die Folter ein Bundesdelikt ist, daher die Autoritäten des Staates gemeinsam, wo, ich betone, die Handlung der Folter existiert, das Delikt aber nicht. Das Delikt nennt sich hier im Bundesstaat Machtmißbrauch."

Bis zum Redaktionsschluß dieses Berichts ist kein einziger Staatsbeamter gerichtlich wegen der schweren Menschenrechtsverletzungen verurteilt worden, die die an den Einsätzen beteiligten Staatsdiener begangen haben. Die Erklärung der Regierungsmannschaft des Estado de México ist:

Interview 248. Edomex

Unterstaatsanwalt von Toluca: Alejandro Carmona Pratl

"Die Verfahren der Sachen, die bis jetzt begonnen wurden, sind noch nicht abgeschlossen."

Der Großteil der Verantwortung der Staatsbeamten für diese schwerwiegenden Vorfälle wurde verwaltungstechnisch behandelt. Laut Daten der bundesstaatlichen Regierung wurden 25 Polizisten verwaltungstechnisch sanktioniert, mit sehr geringen Strafen: vier Amtsenthebungen, fünf Suspendierungen für je 90 Tage, sechs Suspendierungen für je 15 Tage und zehn Abmahnungen.

Interview 248. Edomex

Untersekretär für juristische Angelegenheiten: Abel Villicaña Estrada

"Hauptsächlich wegen Nichteinhaltung der administrativen Normen. Die hauptsächliche Verpflichtung der Sicherheitsorgane wie der Elemente der bundesstaatlichen Sicherheitsbehörde ist, die physische Unversehrtheit der Bürger zu schützen. In diesem Fall wurden bei den sanktionierten Personen Verstöße gegen diese Verpflichtung festgestellt. Außerdem, wenn es konkrete Anschuldigungen gab, daß Polizisten prügeln, wurden diese Polizisten des Amtes enthoben und suspendiert, mit dem Verbot, dieses Amt in Zukunft auszuüben. "

Dennoch endeten die meisten der ohnehin schon wenigen Fälle von Disziplinarmaßnahmen mit der geringsten Sanktion, der Abmahnung.

Interview 248. Edomex

Juristischer Direktor des Innenministeriums: Israel Gómez Pedraza

"Auf der Skala der administrativen Sanktionen ist die geringste die Abmahnung, danach kommt die Geldstrafe, dann die Suspendierung. Diese Person kann nicht mehr befördert oder ausgezeichnet werden, und im Wiederholungsfall kann sie entlassen werden."

Die strafrechtliche und sogar politische Straflosigkeit hat die Vorgesetzten der beteiligten Funktionäre erreicht. Der Fall von Wilfrido Robledo Madrid (Bevollmächtigter der Sicherheitsbehörde des Bundesstaats) ist vielleicht der herausragendste, da sein Rücktritt mit der Veruntreuung von Geldern und nicht mit seiner Verantwortung bei den Ereignissen vom Mai 2006 in Zusammenhang steht. In anderen Fällen sind die politisch Verantwortlichen sogar befördert worden. So ist der damalige Minister für Öffentliche Sicherheit, Eduardo Medina Mora, seit Dezember 2006 Generalstaatsanwalt von ganz Mexiko.

2.3. Nachverfolgung der Prozesse wegen Vergewaltigung und sexueller Übergriffe

Was die Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffe gegen die Festgenommenen betrifft, mahnte die CNDH in den oben erwähnten Empfehlungen die Regierung des Estado de México, strafrechtliche Verantwortung der Polizisten zu fordern. Die Untersuchungen und Tätigkeiten in dieser Sache sind so zurückhaltend, daß sie die Schlußfolgerung zulassen, daß die Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffe weiterhin ungestraft bleiben.

Als einzige Handlung der Regierung des Bundesstaats bezüglich der systematischen sexuellen Übergriffe gegenüber den festgenommenen Frauen bekam ein einziger Polizist ein Verfahren wegen "wollüstiger Handlungen".

Interview 248. Edomex

Juristischer Direktor des Innenministeriums: Israel Gómez Pedraza

"ein weiterer Polizist [bekam] ein Verfahren wegen wollüstiger Handlungen, da das Delikt der Vergewaltigung nicht bestätigt werden konnte, ein bundesstaatlicher Polizist, weil dieser als ein Polizist identifiziert wurde, der ein Mädchen befummelt hatte, und es gab eine direkte Beschuldigung, deshalb hat er das Verfahren bekommen."

Anscheinend kam er aber nie ins Gefängnis, gemäß Zeugenaussagen des Kollektivs gegen die Folter und Straflosigkeit (CCTI):

Interview 255. CCTI. Javier Enríquez

"Im Fall von Atenco war das einzige, was sie gemacht haben, einen Polizisten wegen wollüstiger Handlungen einzusperren, und da es eine administrative Handlung war, haben sie ihn wieder rausgeholt."

Folglich bleiben die sexuellen Übergriffe und Vergewaltigungen ungestraft.

Interview 255. CCTI. Aurora Doménech

"Es passiert gar nichts. Ich sehe nicht, daß irgendwer verurteilt wurde. Nun, die Verbrechen der Vergangenheit sind ein Beweis. Die Straflosigkeit, d.h. wenn man sagt, die Straflosigkeit in Mexiko ist schrecklich, ich weiß, daß es in vielen Ländern so ist, aber die Straflosigkeit in Mexiko ist schrecklich."

Laut Deklaration der Regierung des Bundesstaats ist die Straflosigkeit auf die Unmöglichkeit zurückzuführen, die Taten zu beweisen und die verantwortlichen Polizisten zu identifizieren.

Interview 248. Edomex.

"Unsere Gesetze verlangen zweierlei, damit die Anzeige der Vergewaltigung vor Gericht gebracht werden kann: erstens die direkte Beschuldigung, zweitens die gynäkologische Untersuchung. Wie Sie wissen, haben sie die gynäkologische Untersuchung verweigert, und danach haben sie gesagt, sie seien vergewaltigt worden."

Die Untersuchungen ignorieren, daß das Istanbul-Protokoll vorschlägt, als Beweis der Vergewaltigung auch andere Mittel zu akzeptieren, wie Zeugenaussagen oder psychologische Gutachten, denn "selbst wenn die Genitalien der Frau direkt nach der Vergewaltigung untersucht werden, finden sich nur in weniger als der Hälfte der Fälle identifizierbare Schäden". Aber darüber hinaus waren die vom Gefängnis durchgeführten medizinischen Studien, laut den in unserem vorhergehenden Bericht dokumentierten Zeugenaussagen der Frauen, eindeutig mangelhaft, und wir müssen betonen, daß die ersten medizinischen Aufzeichnungen, die im Gefängnis dokumentiert sind, vom 24. Mai 2006 stammen.

Auf jeden Fall haben sie sich später sehr wohl den gynäkologischen Gutachten der Staatsanwaltschaft unterzogen.

Interview 255. CCTI. Javier Enríquez

Außerdem haben wir diejenigen begleitet, die die Anzeige gegen die Folter bei der Staatsanwaltschaft für Frauen, die spezielle für die Frauen, eingereicht haben (...) mit der Durchführung der medizinisch-psychologischen Gutachten der Folter, die wir präsentiert haben, als die Staatsanwältin Alicia Pérez Duarte war. Ihr haben wir fünf Gutachten von fünf der betroffenen Frauen eingereicht, mit denen wir die Beweise beigebracht haben, damit diejenigen, die diese Taten sexueller Folter begangen haben, die die Betroffenen erlitten haben, beschuldigt werden konnten. Leider gab es keine Fortschritte, es blieb bei den Akten."

Tatsächlich liegt es, wenn es keine Fortschritte gab, daran, daß die Anweisungen seitens der Regierung sehr schwach waren und die Gegenüberstellungen mit den betroffenen Staatsbeamten voller Unregelmäßigkeiten waren.

Interview 255. CCTI. Aurora Doménech

"Es ist einfach eine Gegenüberstellung von einem Zeugen und den Polizisten. Sie bringen also einen Polizisten, einen nach dem anderen. Niemand darf sich dem Zeugen nähern. (...) Als sie vorbeigegangen waren, gingen sie ins Zimmer und kamen zurück (und sie haben sie sehr wohl beraten), die nächsten Polizisten, die kamen, sagten sogar: "jetzt erinnere ich mich, dich habe ich auch gesehen, du warst auch da". Das heißt, fast als ob sie sagen: "mach nur weiter und du bist der nächste". So grob schüchtern sie einen ein. Es ist völlig illegal, daß jemand dabei zusieht, wie der Polizist aussagt, und die anderen berät. Du siehst, wie der Diskurs sich ändert und wie das alles illegal ist."

Das Hauptargument der Regierung, um zu beweisen, daß es keine Vergewaltigung gegeben habe, war die Existenz eines Videos – vor einem Notar aufgenommen -, in dem ein mutmaßliches Mitglied von Amnesty International bestätigte, daß es keine "Vergewaltigung" gegeben habe.

Interview 248. Edomex

Juristischer Direktor des Innenministeriums: Israel Gómez Pedraza

"Wie Sie wissen, haben sie die gynäkologische Untersuchung verweigert, und hinterher sagten sie, sie seien vergewaltigt worden. Hier haben wir die Zeugenaussage, in der sie vor einem öffentlichen Notar und auf Video anerkennen, nicht vergewaltigt worden zu sein."

Darüber hinaus nimmt die Regierung die Aussage dieser anerkannten internationalen Organisation als Grundlage dafür, die gynäkologischen Beweise zu leugnen.

Interview 248. Edomex

"Der Rechtsmediziner, denn, erinnern Sie sich, sie waren im Gefängnis von Santiaguito. Es wurde nicht gemacht, weil sie gegenüber Amnesty International zugaben, daß sie nicht vergewaltigt worden waren."

Diese Beteuerung bietet sich als weiterer Beweis für den fehlenden Willen und das mangelnde Interesse, strafrechtliche Verantwortung für die in die Aggressionen verwickelten Staatsbeamten zu fordern. Zum ersten, weil in dem Video nur bestritten wird, daß es Penetration in einem ganz konkreten Fall gab, es wird jedoch nicht anerkannt, daß alle "nicht vergewaltigt wurden" oder "sexuell angegriffen" wurden. Zum zweiten, weil das Video, das die Regierung Amnesty International zuschreibt, in Wirklichkeit das Video des Interviews der CCIODH mit der Regierung des Estado de México ist. Dieses Interview wurde sowohl von der Regierung als auch von der CCIODH gefilmt. Was auch die Glaubwürdigkeit der Regierungsversion wie auch die offizielle Bestätigung des Notars infrage stellt.

Und schließlich sind neben den Vergewaltigungen auch die sexuellen Übergriffe nicht ausreichend untersucht worden. Man erinnere sich, daß in diesem Sinn das Istanbul-Protokoll ebenfalls feststellt, daß "es für die Frau in jedem Fall traumatisch ist, wenn sie gewaltsam berührt wird, und es wird als Folter angesehen."

2.4. Die Untersuchung des Obersten Gerichtshofs Mexikos

Der Oberste Gerichtshof akzeptierte auf dem Instanzenweg eine Untersuchung der in Atenco begangenen Menschenrechtsverletzungen. Im Interview mit der CCIODH erklärten seine Mitglieder jedoch, daß diese immer noch auf dem Instanzenweg sei.

Interview 273. Oberster Gerichtshof

Soweit ich weiß, bereiten die bevollmächtigten Richter den vorläufigen Bericht über diese Untersuchung vor, und vor diesem Datum, dem 11. März, wird der Fall Atenco dem Plenum des Gerichts bekanntgemacht. Das heißt nicht, daß wir den Fall im März lösen können. Denn laut den Regelungen gibt es eine Anhörung für die möglichen Betroffenen."

Die CCIODH hält diesen Weg nicht für den passendsten, der Straflosigkeit zu begegnen, da die praktischen Konsequenzen dieser Untersuchung sehr beschränkt sind. Der Oberste Gerichtshof selbst hat gegenüber der CCIODH anerkannt, daß seine Wirkung ausschließlich moralischer Natur ist:

Interview 273. Oberster Gerichtshof

"Die Auswirkungen der Entscheidung sind etwas, was uns alle von Anfang an besorgt (...) Es ist ausschließlich eine Meinung, eine Meinung des Obersten Gerichtshofs und lautet "ich schätze, hier gab es schwerwiegende Verletzungen der Grundrechte" oder auch nicht, "die Vergewaltigung wurde nicht bewiesen" (...). Es ist nur das moralische Gewicht der Entscheidung, das Konsequenzen schafft (...) In den Regeln heißt es, daß wir keine spezifischen Verantwortlichkeiten zuweisen können, obwohl es uns durchaus möglich ist, Namen und Dienstgrad derjenigen zu nennen, die die Taten begangen haben, die wir als schwere Verletzung der Grundrechte ansehen."

2.5. Klage der FPDT bei der Generalstaatsanwaltschaft

Eine Gruppe von über 50 Personen, begleitet von Gruppen der Zivilgesellschaft, reichte eine Klage wegen Folter bei der Generalstaatsanwaltschaft ein. Auch dieser Weg hat nichts genützt, irgendeinen der Verantwortlichen zu verurteilen oder vor Gericht zu bringen.

Laut Zeugenaussagen der Kläger ist nicht die geringste Anweisung ergangen; es wurden sogar vorgebrachte Beweise abgelehnt.

Interview 255. CCTI. Javier Enríquez

"Darüber hinaus haben sie Gutachten nicht akzeptiert, die als weitere Beweise im Fall angefertigt wurden."

Der Prozeß geht nicht voran, es gibt unnötige Verzögerungen, die bei den Opfern ein Gefühl der Straflosigkeit hervorrufen.

Interview 255. CCTI. Javier Enríquez

"Was ist die Absicht? Warum verzögert man den ganzen Prozeß, sowohl bei der Generalstaatsanwaltschaft als auch bei der Sonderstaatsanwaltschaft für Frauen für das Delikt der Folter? Bei beiden Instanzen war die Anweisung sehr klar. (...) Es gibt eine ständige Verzögerung, wie um zu sagen "der Prozeß ist immer noch nicht zuende." Wie soll man also zur nächsten Instanz, der internationalen, kommen?"

Diese Situation allgemeiner Straflosigkeit und Fehlfunktion der Mechanismen von Justiz und Schutz der Menschenrechte hat dazu geführt, daß die Opfer überlegt haben, auf internationale Instrumente und Mechanismen zurückzugreifen.

Interview 255. CCTI. Javier Enríquez

"Wir haben erwogen, den Schritt zur Interamerikanischen Kommission zu machen, um den Fall weiter voranzubringen."

Interview 15. Familie von Alexis Benhumea

"Es gibt also nichts bei dieser Untersuchung, sie ist bei null, auf diesem Weg geht sie nicht voran (...) Ich glaube also, daß der Schritt, den wir gehen werden, und ich glaube andere Betroffene und Unterdrückte auch, ist, uns an die internationalen Gerichte zu wenden."

2.6. Klage vor der spanischen Audiencia Nacional

Eines von diesen Beispielen war die Einreichung einer strafrechtlichen Klage wegen Folter vor der spanischen Audiencia Nacional am 26. Januar. Die spanische Gesetzgebung erkennt die Zuständigkeit dieses Gerichts bei von Spaniern oder Ausländern außerhalb des Staatsgebiets begangenen Taten an, wenn sie die Interessen der internationalen Gemeinschaft betreffen, wie z.B. Genozid, Terrorismus und alles andere, was gemäß internationalen Verträgen und Abkommen durch Spanien verfolgt werden muß, worunter eben auch Delikte der Folter fallen.

Während dieser Bericht fertiggestellt wird, ist die Klage gerade im Prozeß der Anerkennung und hat – aufgrund der Rechtsprechung in vorhergehenden Fällen wie Guatemala, Chile oder Argentinien – gute Chancen, angenommen zu werden.

3. Nachverfolgung der Gerichtsprozesse gegen die Festgenommenen und ihre Unregelmäßigkeiten

3.1. Gerichtsprozesse

Die mangelnde Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen und die Straflosigkeit gegenüber den Staatsbediensteten, die sie begingen, kontrastiert mit der Härte der Urteile gegenüber den Festgenommenen. Nach Daten, die uns von der bundesstaatlichen Regierung anlässlich des Interviews mit der CCIODH übergeben wurden, sind zwei Jahre nach den Ereignissen von den 207 Festgenommenen 171 einem Gerichtsverfahren unterzogen worden. Von diesen sind 148 auf Kautionsfrei, 16 sind weiterhin in Haft und sieben wurden nach unterschiedlich langen Zeiten im Gefängnis unter Fallenlassen der Anklagepunkte freilassen.

Von den 16 Gefangenen sind die schwersten Fälle die drei, die zu drakonischen Strafen von jeweils 67 ½ Jahren Gefängnis verurteilt wurden: die Sprecher der FPDT Ignacio del Valle Medina, Felipe Álvarez Hernández und Héctor Galindo Gochicua, die im Hochsicherheitsgefängnis El Altiplano (vormals La Palma) eingesperrt sind. Diese Strafen sind ohne Vergleich in der mexikanischen Rechtsprechung, selbst bei schweren Verbrechen wie Drogenhandel und Mord. Die Verurteilten und ihre Familien interpretieren diese Urteile als exemplarische Sanktionen, die maßlos und ungerechtfertigt sind und dazu dienen, die FPDT zu demobilisieren.

Interview 251. FPDT. Trinidad Ramírez

"Aber es war auch ein schwerer Schlag für die Frente, ja. Und ich sage, für die Frente. Für mich, nun, etwas, was ich nicht glauben konnte. Und in dem Moment habe ich gesagt: 67 ½ Jahre! Aber so alt wird er gar nicht. Lebenslänglich, also für immer im Gefängnis. Ich habe gesagt: Was hat Nacho [Ignacio del Valle] getan? Was hat Nacho getan, um diese 67 ½ Jahre zu verdienen? Was hat Felipe getan? Was hat Héctor getan, um diese Strafe, dieses ungerechte Einsperren zu verdienen?"

Die CCIODH betrachtet diese Situation als extrem besorgniserregend, weil die Isolationshaft weitergeht, obwohl das Urteil bereits gesprochen wurde. In ähnlichen von der CCIODH beobachteten Fällen, in denen für die sozialen Proteste bedeutende Personen in Hochsicherheitsgefängnissen untergebracht waren – wie die Brüder Sosa Villavicencio in Oaxaca –, war dies vorübergehend, die Besuchsregelung nach Verkündung des Urteils weniger streng, und wir durften die Gefängnisse besuchen. Im Fall von del Valle, Galindo und Álvarez ist die Maßnahme dauerhaft und nach Ansicht der CCIODH übertrieben und ungerechtfertigt. Die anderen 13 Personen, die weiterhin im Gefängnis Molino de Flores einsitzen, sind Alberto Ordóñez Romero, Alejandro Pilón Zárate, Arturo Sánchez Romero, Eduardo Morales Reyes, Juan Antonio Pérez Vázquez, Juan Carlos Estrada Cruces, Julio César Espinoza Ramos, Narciso Arellano Hernández, Oscar Hernández Pacheco, Pedro Reyes Flores, Raúl Romero Macías, Román Adán Ordóñez Romero und Patricia Romero Hernández. Zehn von ihnen sind des der Entführung vergleichbaren Delikts (*secuestro equiparado*) nach lokalem Recht beschuldigt. Sie warten auf das Urteil des Ersten Strafgerichts, das in den nächsten Tagen gefällt werden könnte. Die anderen drei haben ein Verfahren wegen Körperverletzung, Beamtenbeleidigung und Tragen verbotener Waffen vor dem Dritten Strafgericht erster Instanz mit Sitz in Texcoco, wo gerade das Prozeßende und die Urteilsverkündung erwartet werden, was ebenfalls in den nächsten Tagen geschehen könnte.

Seit ihrer Festnahme haben dutzende Personen die eingereichten *Amparos* gewonnen. Einige Tage vor dem Besuch der CCIODH, am 25. Januar 2008, wurde sieben Personen der *Amparo* gewährt. An diesem Tag wurden aus dem Gefängnis Molino de Flores folgende Personen freigelassen, deren Anklagen wegen *Secuestro Equiparado* und Angriff auf die Verkehrswege fallengelassen wurden: Cecilio Ramírez Espinoza, Mariana Selvas Gómez, Guillermo Selvas Pineda, Vicente García Munguía, Martín Garrido Romero, Jorge Armando Ramírez Aguilar y David Medina Neri. Davor wurden schon 53 Personen, die auf Kautionsfrei gelassen worden waren, durch den *Amparo* 1095/2007 von der Schuld freigesprochen. Im November 2007 wurde Magdalena García Durán ohne Anklage freigelassen. Norma Aidé Jiménez Osorio und María Luisa López Morán wurden im *Amparo* 757/2007 freigesprochen, der außerdem die Freiheit der sieben Obengenannten gewährte. Die beiden waren bereits am 14. bzw. 16. April 2007 auf Kautionsfrei gelassen worden.

Nach dem Besuch der CCIODH erlangten am 8. März nach 22 Monaten Haft César del Valle Ramírez, Georgina Edith Rosales Gutiérrez und Rufino González Rojas die Freiheit wieder. Im *Amparo* 1094/2007 wurden sie von einem der beiden Delikte, die den auf KautionsFreien Edith

Rosales Gutiérrez, Rufino González Rojas und weiteren 27 Personen vorgeworfenen Delikten freigesprochen. Der *Amparo* 1434/2007 gewährte César del Valle Ramírez einen Freispruch und befindet sich gerade in Revision.

Was die Personen betrifft, deren Prozesse noch offen sind, so sind diese verpflichtet, sich alle acht Tage beim Gericht in Toluca zu melden. Diese Verwaltungsvorschrift, die sie im Fall der Nichteinhaltung wieder ins Gefängnis bringen kann, bedeutet Anwesenheitspflicht bei allen Anhörungen in voller Länge (in manchen Fällen mehr als 14 Stunden). Für die betroffenen Personen bedeutet es ein bedeutendes Hindernis bei der Wiederaufnahme ihres Alltags nach der Gefängniszeit, da damit große Ausgaben für die Fahrten verbunden sind, vor allem aber macht es die Aufnahme eines geregelten Arbeitsverhältnisses fast unmöglich.

Wir müssen auf zwei Situationen hinweisen, über die die CCIODH besonders besorgt ist. Zum einen gibt es heute immer noch offene Haftbefehle aufgrund der Ereignisse von 2006 gegen Personen, die an jenen Tagen vermutlich in San Salvador Atenco waren. Die CCIODH ist darüber beunruhigt, weil gemäß den Zeugenaussagen, die wir sammeln konnten, diese Personen seit zwei Jahren in der Illegalität leben, mit den entsprechenden psychosozialen Folgen.

Interview 252. FPDT. Martha Pérez

"Viele Leute in meinem Dorf haben sich verändert. (...) Meine Gefährtinnen und Gefährten, die immer noch versteckt leben, die nicht aus dem Untergrund auftauchen konnten, weil es Haftbefehle gegen sie gibt, wir wissen nichts über sie."

Zum anderen sind diverse Prozesse durch den *Amparo* mit Freilassung ohne Anklage beendet worden, nachdem die Betroffenen längere Zeit im Gefängnis gewesen sind. Die CCIODH hält es für einen schwerwiegenden Tatbestand, daß die Gerichtsprozesse ohne jegliche Entschädigung der Opfer abgeschlossen wurden: Die Verantwortlichen ihrer Festnahme und Inhaftierung sind weder untersucht noch abgesetzt worden; es gab weder eine Entschuldigung noch moralische Wiedergutmachung; es gab keine finanzielle Entschädigung; es wurde nicht die Wahrheit über den Fall veröffentlicht.

3.2. Unregelmäßigkeiten in den Prozessen

Die gesammelten Zeugenaussagen beklagen, daß diese Situationen in den Prozessen Folge des öffentlichen Handelns sind, das voll von Unregelmäßigkeiten ist. Alle in der mexikanischen Verfassung garantierten Rechte Verhafteter wurden systematisch verletzt. Dies wird besonders deutlich in der Klage von Magdalena García bei der Pressekonferenz vom 30. Januar 2008:

"Womöglich weiß ich vieles nicht, ich kann Ihnen nicht alles sagen, was ich in dem Moment der Verhaftung erlebt habe, aber ich sage Ihnen eines: aus einem Auto heraus ohne jeglichen Haftbefehl festgenommen zu werden, ist, glaube ich, nicht richtig. Nicht sofort zur Staatsanwaltschaft gebracht zu werden, ist, glaube ich, auch nicht richtig. Nicht zu wissen, wer mich beschuldigt und wessen sie mich beschuldigen, ist, glaube ich, auch nicht richtig. Direkt ins Gefängnis zu kommen, dort nach Molino de Flores, verprügelt und bedroht, ist, glaube ich, auch nicht richtig. (...) Es scheint mir nicht richtig, wo ist das Recht? die Rechte, für die es angeblich viele Gesetze gibt, wenn es keine Gerechtigkeit gibt. (...) 18 Monate und fünf Tage hinter Gittern, und danach komme ich frei, freigesprochen, ohne jegliche Schuld ... Ich überlasse es Ihnen als Aufgabe, ob unser Land wirklich gut ist."

Von all den Unregelmäßigkeiten wollen wir folgende aufgreifen:

Willkürliche Festnahmen

Erstens sind die Festnahmen willkürlich und ohne Unterscheidung erfolgt, in der Weise, daß sie systematisch durchgeführt wurden, ohne daß jemand auf frischer Tat ertappt wurde, ohne Haftbefehl, das heißt, ohne jeglichen Beweis noch Indiz eines Verbrechens.

Interview 258. FPDT. Saúl Ríos

"Die Form, wie sie ohne Haftbefehl, völlig straflos in die Häuser eingedrungen sind, sie durchsucht haben, Leute festgenommen und ins Gefängnis gesteckt haben. Nach einem Jahr und neun Monaten, holten sie sie raus, "du bist nichts schuldig, geh nach Hause, es passiert nichts", noch nicht einmal ein "entschuldigen Sie bitte", wie man so sagt, gar nichts."

Interview 254. FPDT. Cristina Robles

"(...) ja, sie haben mich verfolgt, aber sie konnten mich nicht festnehmen, weil es keine Beweise gibt. Außerdem beleidige ich sie nicht, ich schlage sie nicht."

Ein exemplarischer Fall ist die Festnahme, unter der Anschuldigung von Geiselnahme und Beschädigung der Verkehrswege, eines Mannes, der nicht nur gelähmt ist, sondern auch Beweise liefern konnte, daß er während der Ereignisse, die ihm vorgeworfen wurden, Verwaltungsaufgaben erledigte. Dennoch war er für etwa zwei Monate im Gefängnis, nachdem er brutal geschlagen worden war.

Bei der Durchführung der Festnahmen wurde eine unverhältnismäßige Gewalt angewandt, und es wurden viele der formalen Rechte verletzt, die bei einer legale Festnahme beachtet werden müssen. Alle Festgenommenen wurden direkt in das Zentrum für Prävention und Soziale Wiedereingliederung von Santiaguito gebracht, was völlig dem Recht widerspricht, da es keinen durch einen zuständigen Richter ausgestellten Haftbefehl gab.

Mißbrauch der Untersuchungshaft

Zweitens wurde der Rückgriff auf die Untersuchungshaft mißbräuchlich für Ziele genutzt, die nicht von den juristischen Zwecken gedeckt sind, die da sind: um Beweise zu sichern, die Opfer des Verbrechens zu schützen, Flucht zu vermeiden etc... Die Untersuchungshaft wurde von manchen Richtern in systematischer Weise genutzt, was zu der Mutmaßung geführt hat, daß sie rein repressiven Zwecken diene. Tatsächlich erließ der Richter Jaime Maldonado Salazar am 10. Mai 2006 Haftbefehle gegen 170 Festgenommene, in 147 Fällen wegen Angriff auf die Verkehrswege, in 23 Fällen wegen *secuestro equiparado*, wobei diese darüberhinaus auch alle Verfahren wegen Angriff auf die Verkehrswege bekamen.

In einigen Fällen sind die Personen auf frischer Tat festgenommen worden. In der Strafsache 298/2007 des Dritten Strafgerichts Erster Instanz in Texcoco wurden Patricia Romero Hernández, Arturo Sánchez Romero und Raúl Romero Macías wegen Körperverletzung, Beamtenbeleidigung und Tragen verbotener Waffen verfolgt. Man muß betonen, daß dies keine schweren Verbrechen sind, so daß eine Freilassung auf Kautionsangemessen erschien. Dies wurde ihnen mehrfach vom Richter verweigert, was die Staatsanwaltschaft verteidigte mit der Argumentation, sie seien eine "Gefahr für die Gesellschaft".

Konstruktion von Straftaten

Es wurde auf die Konstruktion von Straftaten zurückgegriffen, um die Verfolgung zu rechtfertigen. Es gab eine Tendenz, fälschlich Straftaten zu unterstellen, um Exzesse bei den Formen sozialer Proteste zu unterdrücken (hauptsächlich Aufstand, Angriff auf die Verkehrswege, verbrecherische Vereinigung, Geiselnahme und der Geiselnahme gleichgestellte Delikte), wie im Fall von Ignacio del Valle, Felipe Álvarez und Hector Galindo. Die Logik dahinter war, damit die Untersuchungshaft rechtfertigen zu können. Aber es wurde auch auf die Konstruktion gewöhnlicher Straftaten zurückgegriffen; beispielsweise wurde fälschlich der Besitz von Drogen oder Waffen unterstellt oder selbst andere Straftaten wie Raub, sexuelle Übergriffe bis hin zu Mord. In diesem Fall folgen die Mechanismen einer doppelten Logik: einerseits die Mitglieder der sozialen Bewegungen zu kriminalisieren und andererseits zu vermeiden, daß die verurteilten Personen als politische Gefangene betrachtet werden können, so daß ein falsches Bild bezüglich der Menschenrechte entsteht.

Interview 82. Anonyme Zeugenaussage

"Mich haben sie der Vergewaltigung, des Mordes, Raubes, Tragens verbotener Waffen beschuldigt, und im Krankenhaus haben sie mich bedroht, sie würden mich umbringen, sobald ich es verlasse, sie würden mich umbringen..."

Interview 251. FPDT. Trinidad Ramírez

"Nun, die Regierung kann weitere Straftaten erfinden, um mich zu verhaften."

Ein Beweis für diese Unregelmäßigkeiten sind die vielen Freilassungen und *Amparos*, die den Beschuldigten gewährt wurden. Tage vor dem Besuch der CCIODH wurden sieben Personen freigelassen, nachdem sie *Amparos* gewonnen hatten. Während dieser zwei Jahre sind in vielen Prozessen *Amparos* gewährt worden, weil die fehlende Basis der Verfahren anerkannt wurde.

Interview 251. FPDT. Trinidad Ramírez

"[Ulises] kam schlicht und einfach durch einen *Amparo* heraus. Er kam heraus (...) am 15. September 2007. Und nun gut, sein Fall ist soweit, er hat schlicht und einfach seinen *Amparo*. Sie holen ihn raus, sie sprechen ihn von den Straftaten frei, die sie ihm vorgeworfen hatten. [César] haben sie den *Amparo* im Januar gewährt. Am 3. wird verkündet, daß ein Richter ihn von den Straftaten freispricht, derer er beschuldigt wird, nämlich Angriff auf die Verkehrswege und Geiselnahme. Er spricht ihn frei."

Interview 252. FPDT. Martha Pérez

"Unsere juristische Verteidigung erreichte einen *Amparo*, und es zeigte sich erneut, daß es keine Anzeichen für unsere Schuldigkeit gab, für die ich und andere Gefährten im Gefängnis sein müßten. Wir haben unsere Freiheit ohne Anklagepunkte wiedererlangt. Wir haben einen *Amparo* bekommen, schlicht und einfach. Es gibt also keine Schuldigkeit, keine Anklagepunkte."

Der Oberste Gerichtshof selbst erkannte diese Situation an:

Interview 273. Oberster Gerichtshof

"Bezüglich der Bewohner von Atenco, als sie zu mir kamen und mir berichteten, haben wir im Rat einen Beschluß gefaßt, unsere Richter, die nationalen, zu ermahnen, die Rechte und die Menschenrechte der Inhaftierten zu schützen, daß sie das bevorzugen, was der Gerichtshof "principio de mayor beneficio" (Prinzip des größten Nutzens) genannt hat. Das heißt, statt *Amparos* zu gewähren, weil die Beweise nicht wirklich studiert wurden, lieber wirklich die Beweise zu analysieren und zu entscheiden, ob die Haft gerechtfertigt ist oder nicht. Als Folge dessen wurden fundierte *Amparos* ausgestellt, die nun wirklich die Entlassung von vielen Leuten aus Atenco aus dem Gefängnis erlaubten, die inhaftiert gewesen waren."

Selbst in den Fällen, in denen die Inhaftierten *Amparos* gewinnen, werden diese systematisch von der Staatsanwaltschaft angefochten, in einem klaren repressiven Versuch, die endgültige Freilassung zu verzögern.

Interview 251. FPDT. Trinidad Ramírez

"Dennoch legt die Staatsanwaltschaft zehn ganze Tage später Revision ein. Wieso? Nun, mit dem Ziel, ihre Freilassung weiter zu verzögern. Und so hat sie es mit allen (Compañeros) gemacht, denen sie *Amparos* gewährt haben. So machen sie es. Es gab also viele Abweichungen, wenn sie dir einen *Amparo* gewähren, wenn ein Richter dich freispricht, und in jedem Fall legen sie Revision ein. Und wie uns der Anwalt sagte, muß die Revision innerhalb eines Monats, maximal innerhalb zwei Monaten erfolgen. So ist es jedoch nicht."

Interview 248. Estado de México. Unterstaatsanwalt von Toluca: Alejandro Carmona

"Laßt uns zunächst daran erinnern, daß es die Staatsanwaltschaft gibt, damit die als eine Seite agiert, als Repräsentant der Gesellschaft, oder des Geschädigten. (...) Es gibt die Verpflichtung, in diesem Fall wie in jedem anderen Fall, die nötigen Mittel auszuschöpfen, die Verfahrensweise auszuschöpfen, die offensichtlich nötig ist, damit eine Person, die nach dem Urteil der Staatsanwaltschaft, wobei der Richter das letzte Urteil hat, für das Begehen irgend einer Straftat verantwortlich ist. Es ist in diesem wie in allen Fällen üblich, daß wir alle Mittel und alle Berufungen ausschöpfen."

In allen Fällen gab es ein völliges Fehlen von Prozessen der Evaluation, Korrektur oder Disziplinarverfahren gegen Richter und Justizbeamte. Trotz all diesen ungerechtfertigten Verfahren und dem Mißbrauch der Untersuchungshaft zu Zwecken außerhalb des Gerichtsverfahrens wurde kein einziges Gerichts- noch Disziplinarverfahren gegen Mitglieder der Staatsanwaltschaft oder Richter eröffnet.

Interview 248. Estado de México. Unterstaatsanwalt von Toluca: Alejandro Carmona

"Bis zu diesem Zeitpunkt hat die Staatsanwaltschaft keine Voruntersuchung gegen irgendeinen Richter oder Justizbeamten bezüglich dieser Vorfälle registriert."

Fehlen einer Entschädigung für die Fehlfunktion der Justiz

Genauso wenig gab es eine Entschädigung für die Opfer. Wie wir schon vorher erwähnt haben, gab es keinerlei Maßnahmen, um diejenigen zu entschädigen, die offensichtlich unschuldig im Gefängnis waren.

Interview 15. Familie von Alexis Benhumea

"Sie entschuldigen sich noch nicht einmal bei den Gefangenen, die sie jetzt entlassen."

Einschüchterung der vor Gericht Gestellten und ihrer Angehörigen

Als letzter Punkt gibt es heute immer noch ständige Bedrohungen, Überwachung und Angriffe auf die vor Gericht Stehenden, ihre Familien und die sozialen Kollektive, die die Gefangenen unterstützen.

Interview 15. Familie von Alexis Benhumea

"Während dieser ganzen Zeit (...) haben sie versucht, uns einzuschüchtern, gab es eine ständige Belagerung unseres Hauses, bei unserer Arbeit, 24 Stunden am Tag waren die Überwacher da und sind zynischerweise herumgelaufen und haben Fotos gemacht, wenn wir rausgegangen sind, und es stehen Autos da, die uns überwachen. (...) Wir wissen nicht, ob die Stadtregierung auch daran beteiligt ist, aber sie setzen uns unter Druck und versuchen uns davon abzubringen, als ob sie sagen, wir passen auf ... paßt auf mit dem was ihr macht. Nein, es ist ganz dreist: sie folgen Chela in den Bus, in die Minibusse und setzen sich neben einen, sie stellen Taxis neben uns und sagen, sie bringen uns, wohin wir wollen, und einige grüßen uns sogar dreist."

Interview 254. FPDT. Cristina Robles Yáñez

"wenn sie als Reporter verkleidet kommen, fragen sie, ob sie uns keine Angst machen, und ich sage 'hier bin ich'. Wenn sie mich umbringen, tun sie mir einen Gefallen, weil sie mein Leiden beenden. Sie haben mich von allen Seiten fotografiert, deshalb sage ich ihnen: warum soll ich mich verstecken? Sie wissen schon, wer ich bin. Sie kennen mich sehr gut. (...) Vor ungefähr einem Monat waren die Lieferwagen der AFI vor dem Haus, mit sechs, neun. (...) Sie haben mir gesagt, ich soll weg von der Schule. Daß die Regierung mich nicht bezahlen wird."

Interview 255. CCTI. Aurora Doménech

"Sie bedrohen weiter die Leute. Ich sage dir, diesen Jungen, der Zeuge war, haben sie als Minderjährigen festgenommen, er wurde freigelassen, sie haben ihn bedroht, sie haben ihn bedroht, während wir dabei waren. 'Dich habe ich gesehen, ich habe dich dort gesehen, du warst auch dabei...' Ich glaube, sie haben ihn der Geiselnahme beschuldigt, oder wer weiß was, das war nicht klar. Es war eine Strategie, ihn zu erschrecken."

4. Verletzung der Rechte der Frauen

4.1. Nichteinhaltung und Behinderung des Istanbul-Protokolls

Die CCIODH stellt fest, daß sich ernsthafte Defizite in der Umsetzung des Istanbul-Protokolls enthüllt haben, eines Instruments, das das ethische Handeln aller für die Inangriffnahme der Folter verantwortlichen Fachleute formalisiert. Was Richter und Staatsanwälte betrifft, weil sie die "ethische Verpflichtung, jede von Staatsbeamten begangene Straftat der Folter zu untersuchen und zu verfolgen", nicht eingehalten haben. Bezüglich der Gesundheitsfachleute, weil sie die Untersuchungen nicht ernsthaft betreiben, besonders die psychologischen Gutachten als wichtigstes diagnostisches Beweismittel in Fällen von sexuellem Mißbrauch oder Vergewaltigung.

Die CCIODH stellte bei ihrem 4. Besuch anlässlich der Ereignisse in Atenco durch ihr eigenes medizinisches und psychiatrisches Gutachten fest, daß von den in Santiaguito eingesperrten Frauen:

"mindestens drei Frauen eindeutige Zeichen sexueller Vergewaltigung [hatten]. Zwei von ihnen haben Symptome schwerer psychologischer Beeinträchtigung, die sich in den vier Wochen seit den Ereignissen noch verschlimmert haben und die sie als schwere Posttraumatische Belastungsstörung bezeichnen, ohne daß eine der betroffenen Frauen bisher die Möglichkeit zu professioneller medizinischer oder psychologischer Unterstützung ihres Vertrauens gehabt hätte."

Die Schwächen, die die Kommission festgestellt hat, sind verschiedene:

Fehlen einer effektiven und sofortigen Untersuchung der Folter

Interview 246. Anwaltskollektiv Atenco. Juan de Dios Hernández

"Im Istanbul-Protokoll wird festgehalten, daß ein Beamter, der Informationen über das Vorliegen von Folter hat, verpflichtet ist, sofort eine Anzeige zu erstatten, damit die entsprechende Voruntersuchung eingeleitet wird (...).

Alle Staatsbeamten, die als intellektuelle Urheber der Folter beschuldigt werden, haben weiterhin ihre Befehlsposten in der Staatsanwaltschaft und der Richterschaft. Die Postulate des Istanbul-Protokolls, die eine effektive und sofortige Untersuchung in Zusammenhang mit diesen Ereignissen sicherstellen sollen, werden also nicht eingehalten."

Verzögerungen in der medizinischen und psychologischen Versorgung der Opfer

Interview 266. Norma Jiménez (LOC)

"Eigentlich sollte hier in Mexiko auf das Bundesorgan [FEVIM - die Sonderstaatsanwaltschaft für gewaltsame Delikte gegen Frauen] zurückgegriffen werden, aber es gab große Verzögerung. Wir haben noch im Mai Anzeige erstattet, am 28. Mai [2006] haben wir Anzeige erstattet (...) Sie brachten uns zu einer mutmaßlichen Gynäkologin, hinterher haben wir erfahren, daß sie Gerichtsmedizinerin war. (...) jedes Mal, wenn es etwas bezüglich des Falles Atenco gab, kam die Beauftragte der Staatsanwaltschaft und sagte uns: 'ich werde Ihnen psychologische und medizinische Hilfe bringen' und all diese Dinge. Und kam nie zurück."

Abwertung der von unabhängigen Organisationen erstellten psychologischen Gutachten durch die FEVIM

Interview 255. CCTI. Javier Enríquez

"Nun, es gab zwei bereits erstellte Gutachten: eines von seiten der Nationalen Menschenrechtskommission, das ebenfalls positiv für die betroffenen Frauen war; eines von uns, das eben von einer Nichtregierungsorganisation war, das wir auch eingereicht haben. Und schließlich hat eine der Frauen eine weitere Untersuchung akzeptiert (...) Zwei, ja, stimmt, zwei akzeptierten, sich der Staatsanwaltschaft zu unterziehen... den Gutachtern der Staatsanwaltschaft."

Mangel an Professionalität und Ethik bei der Erstellung der Gutachten

Interview 255. DDTI. Javier Enríquez

"Aber daß sie dich befragen und dich nicht sehen, glaubst du, das ist eine Befragung mit Absicht? Das heißt, 'ich will nicht wissen, was du fühlst, erzähl mir deine Geschichte'. Und ich: 'ah, ja', 'und was noch?', 'und wie hast du dich gefühlt?'.

Das heißt, du kannst keine psychotherapeutische Arbeit machen, wenn du nicht damit in Berührung kommst, daß du spüren kannst, was passiert."

Verwendung der Gutachten für die Retraumatisierung der Folteropfer

Interview 246. Anwaltskollektiv Atenco. Juan de Dios Hernández

"Und statt des Istanbul-Protokolls ist das, was der 'Gutachter' der Staatsanwaltschaft macht, sie nackt auszuziehen, wenn das Nebenzimmer voll mit Polizisten ist. (...) Sie ist nackt im Nachbarzimmer und es kommt der Gutachter. 'Öffnen Sie den Mund', um Fotos von den Zähnen zu machen, 'drehen Sie sich', um Fotos einer Tätowierung an der Taille zu machen. Offensichtlich hat diese Form nichts mit dem Istanbul-Protokoll zu tun, sondern viel mehr mit der Absicht, sie zum Opfer zu machen."

Interview 266. Norma Jiménez. LOC

"Es gab einen sehr eigenartigen Prozeß mit den Protokollen. Sie sagen, daß es zwei sein müssen; dann drei. Die CNDH machte uns ein Istanbul-Protokoll. Dann machte das Kollektiv gegen Folter und Straflosigkeit ein anderes von seiten der Staatsanwaltschaft (...) Das Kollektiv hat nichts mit der Staatsanwaltschaft zu tun, aber über sie haben sie sich um uns gekümmert, uns psychologische und medizinische Behandlung gegeben, haben uns schließlich doch behandelt, und wir hatten ein zweites Istanbul-Protokoll. Und dann, als ich im Gefängnis Santiaguito war, kamen andere der Staatsanwaltschaft und sagten uns, daß wir ein drittes Istanbul-Protokoll machen müßten. Eigentlich können sie so etwas nicht mit einer Person machen, die gefoltert wurde: sie immer wieder daran erinnern, was ihr passiert ist, das ist auch Folter."

Interview 255. CCTI. Aurora Doménech

"Sie machen das Protokoll und setzen in das Büro nebenan einen Haufen Polizisten. Sie machen sie nervös (...) retraumatisieren sie. (...) Sie machen Tests, um zu beschuldigen. Zum Beispiel, welchen Sinn macht in einem Istanbul-Protokoll das, was sie mit einer Frau gemacht haben: ihr den Mund öffnen, die Zähne fotografieren (...) es ist, als ob man einen Kriminellen identifiziert. (...) Um uns als Kriminelle darzustellen, machen sie Tests, die nichts mit dem Istanbul-Protokoll zu tun haben, sondern sie machen vielmehr Tests, die den Anschein erwecken, sie beschuldigen dich. Das alles ohne Ethik. Weil es so ist: es kommt jemand: 'mach mir eine schriftliche Zeugenaussage', es kommt ein anderer: 'mach mir eine weitere schriftliche Zeugenaussage', es kommt noch einer: 'mach mir eine weitere schriftliche Zeugenaussage', während einer da ist und die anderen sich unterhalten oder telefonieren. Das alles ohne Ethik (...) Und der Typ mit dem 'jetzt zieh dich nackt aus', die Polizisten daneben, das 'zieh dir alle Kleidung aus', er fotografiert die Zähne (...) Was hat das mit einem Istanbul-Protokoll zu tun?"

Schwerer Mangel an Schutz für die Folteropfer

Interview 246a Anwaltskollektiv Atenco. Juan de Dios Hernández

"In keinem der beiden Fälle ist irgend etwas passiert, im Gegenteil, die Überlebenden der Folter wurden erneut zu Opfern, verschiedene Arten von Bedrohung, Verfolgung mit verdächtigen Fahrzeugen... aber es gab keinen Schutz für sie, noch irgendeine psychologische Hilfe, nicht im geringsten. Im Gegenteil, ich betone, die Compañeras, die aus Arglosigkeit oder im guten Glauben sich bemühten, daß das Istanbul-Protokoll angewandt würde, sind erneut zu Opfern geworden. Es gab gar nichts."

Im konkreten Fall der Frauen, die im Fall Atenco Anzeigen wegen Folter erstattet haben, hat diese Serie von schweren Unregelmäßigkeiten in der Anwendung des Istanbul-Protokolls dazu geführt, daß sowohl die medizinischen und psychologischen Gutachter als auch die Anwälte und die Opfer selbst übereingekommen sind, sich keinem von der Regierung vollzogenen Istanbul-Protokoll mehr zu unterziehen.

Interview 255. CCTI. Aurora Doménech

"Sie haben angefangen zu fordern, zu sagen, daß die Protokolle schlecht gemacht waren, und daß die einzige, die sie schlecht machte, die Staatsanwaltschaft war, das heißt, das Problem war, daß diese gleichzeitig Richter und Partei war. Und als also die anderen anfangen, sich klarzumachen, wie es gemacht wurde, und die Anwälte ebenfalls, sagten sie: 'nein, keine weiteren Protokolle mit der Staatsanwaltschaft'."

Interview 246. Anwaltskollektiv Atenco. Juan de Dios Hernández

"Offensichtlich hat diese Form nichts mit dem Istanbul-Protokoll zu tun, sondern vielmehr mit der Absicht, sie zu Opfern zu machen (...). Von da an haben wir beschlossen, daß keine der Frauen sich den angeblichen Gutachtern der Staatsanwaltschaft präsentieren müsse."

Als Schlußfolgerung kann man nicht bestätigen, daß die Behörden ihre Fähigkeit gezeigt hätten, umgehend eine unparteiische Untersuchung durchzuführen (Artikel 12 der Anti-Folter-Konvention, Artikel 9 der Erklärung über den Schutz vor Folter), die sicherstellt, daß die mutmaßlichen Schuldigen dem Strafverfahren unterzogen werden (Artikel 7 der Anti-Folter-Konvention, Artikel 10 der Erklärung über den Schutz vor Folter) und daß die Opfer eine Wiedergutmachung und angemessene Entschädigung erhalten hätten (Artikel 13 und 14 der Anti-Folter-Konvention, Artikel 11 der Erklärung über den Schutz vor Folter, Paragraph 35 und 36 der Mindestnormen für die Behandlung von Gefangenen).

Interview 255. CCTI. Javier Enríquez

"Wir bezweifeln, daß sie [die Behörden] eine ernsthafte Verantwortung übernehmen wollen. Nichts weniger als der Nationale Schutzmechanismus, eine internationale Instanz, deren Fakultativprotokoll Mexiko unterzeichnet hat und also umsetzen mußte; die CNDH mischte sich ein und sagte, sie würde sich um mich kümmern, obwohl das alles ein Fundament hat, den Nationalen Schutzmechanismus, der mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten soll

Ebenso wenig wurde garantiert, daß Ärzte, Anwälte und Angehörige Zugang zu den Verhafteten bekamen (Artikel 11 der Anti-Folter-Konvention; Prinzipien 11-13, 15-19 und 23 der Prinzipien über die Festnahme; Abschnitte 7, 22 und 37 der Mindestnormen für die Behandlung von Häftlingen).

Interview 255. CCTI. Javier Enríquez

Die andere große Schwierigkeit während des Prozesses war, reinzukommen, um den Betroffenen in den Gefängnissen eine spezielle Behandlung bezüglich der Folter zukommen zu lassen. Das war ein dauerndes Problem während der ganzen zwei Jahre. Schwierigkeiten wegen diesem und jenem. Einwände, wenn wir hineinwollten. (...) Uns Männer haben sie nicht hineingelassen; nur als von seiten der Anwälte ein Antrag gestellt wurde, ein Gutachten zu erstellen."

Trotz der Kurse, die die Regierung vorbringt durchgeführt zu haben, konnten keine Bedingungen beobachtet werden, die die richtige Ausbildung des für die Anwendung der Gesetze zur Unterdrückung der Folter zuständigen Personals garantieren würden (Artikel 10 der Anti-Folter-Konvention, Artikel 5 der Erklärung zum Schutz vor Folter).

Interview 255. CCTI. Javier Enríquez

"Darüber hinaus hat die Obrigkeit nicht die Absicht, ihre Mitarbeiter darauf vorzubereiten, die Problematik [der Folter] wirklich anzugehen. Also ist alles, was sie beginnen, äußerst zweifelhaft, alles, was sie anfangen, bleibt im Zweifel, weil, wenn du den Kontext dieses Landes kennst, wo es auf dieser Ebene kein Personal gibt, wo es keine Erfahrung in diesem Sinn gibt, zweifelst du sehr daran, daß es ernsthaft ist."

4.2. Psychologisches Brechen der Opfer: zweimal gefoltert

Das Fehlen eines Schutzes für die Folteropfer und die Unregelmäßigkeiten in der Umsetzung des Istanbul-Protokolls – wodurch die Strafflosigkeit der polizeilichen und politischen Behörden, die für diese Straftaten verantwortlich sind, gesichert wird – sind Teil eines Kontextes, der die Opfer psychologisch zerbricht.

Schulduzuweisung an das Opfer

Es wurden Dynamiken der Schulduzuweisung beobachtet, die versuchen, die Opfer verantwortlich zu machen, die die Folter "verdient" hätten, indem sie an politischen oder sozialen Aktionen teilgenommen haben. Damit wird nicht nur die soziale Aktivität kriminalisiert, sondern auch die Bestrafung derer, die sich in ihrer Gemeinde organisieren und beteiligen, legitimiert.

Interview 268. Italia Médez. LOC

"Es ging alles um Psychometrie [Psychotests] und darum, Informationen über Drogenkonsum zu erhalten, ob ich Tätowierungen oder Piercings hatte, und die ganze Zeit war es, als ob sie Werturteile über meine Gewohnheiten abgaben (...)

Und einmal gab es einen Kommentar darüber, ob ich nicht unter Drogen stünde, ob ich es nicht gewesen wäre, ob ich mich nicht schuldig fühlte, weil ich mich in Gefahr gebracht hätte. Es war ein bißchen, es war sehr explizit, daß die Schuldige, daß die einzige Schuldige hier für das, was passiert war, ich war, weil ich mich in Gefahr gebracht hatte."

Erneute Folter: Retraumatisierung der Opfer

Die Art und Weise, das Istanbul-Protokoll umzusetzen, wie es Opfer, Gutachter und Anwälte erzählt haben, zeigt klar die Absicht, die Opfer erneut zu traumatisieren: sie bis ins letzte Detail und in schmerzhafter Weise die traumatische Erfahrung erinnern zu lassen. Im konkreten Fall von zwei professionellen Gutachten der in Atenco vergewaltigten Frauen, die die Staatsanwaltschaft durchführte, wurden diese zur Retraumatisierung der Opfer genutzt:

Interview 268. Italia Médez. LOC

"Es waren zwei Ärztinnen, eine, es war wie das Spiel mit dem guten und dem bösen Polizisten, die eine war so 'Ach, du ärmste!', genau so: 'armes Opfer!' Die andere war sehr brutal, etwa so: 'Beschreib mir, wie viele Finger, mit wie vielen Fingern haben sie dich penetriert?' Und ich: 'Weiß ich nicht'. 'Wie, du willst das nicht wissen? Du willst das nicht gespürt haben? Natürlich weißt du das'. Und ich sagte: 'Nein, ich weiß es nicht. Ich erinnere mich nicht. Ich kann nicht (...)' Und dieselbe Frage mit den Gegenständen, ich sollte den Gegenstand beschreiben. Es war, es war sehr hart (...) Als ich mich dann ausziehen mußte, haben sie angefangen zu fotografieren, und genau in dem Moment waren in dem Raum nebenan ungefähr 40 Befehlshaber der Föderalen Präventivpolizei, die einen Kurs über Menschenrechte hatten und zur Pause gegangen waren, da war also der Kaffeetisch und alle sehr nah an der Tür, wo ich nackt ausgezogen war, wieder verwundbar vor ihnen, die mich zudem fotografierten und Dinge fragten, die für mich schwer zu beantworten und brutal waren, es war also ein sehr schwerer Moment, es war schwer."

Abwertung des Leidens der Opfer

Interview 266. Norma Jiménez. LOC

"[Die Ärztin] ließ uns uns sehr schlecht fühlen. Nach einem Monat entdeckte sie immer noch vaginale Verletzungen bei uns. Sie sagte uns: 'wir können nicht sicher sein, daß das von einer Vergewaltigung herrührt, es könnte auch beim Baden passiert sein.' Solche dummen Sachen."

Systematische Nichterfüllung von Hilfsangeboten und Entschädigung

Wiederholt finden sich Berichte des Angebots medizinischer oder psychologischer Hilfe, wie auch der Umsetzung von Entschädigungsmaßnahmen, die dann nicht erfüllt werden. Diese Strategie zerstört Stück für Stück das Vertrauen der vergewaltigten Frauen in die Möglichkeit tatsächlicher Unterstützung, Entschädigung und Gerechtigkeit.

Interview 266. Norma Jiménez. LOC

"[Der Direktor von Santiaguito] kam vorbei und verlangte viel und versprach viel, was er nicht eingehalten hat (...) Sie brachten einige Ärzte, die uns untersuchten. Es sollte eine Nachfolgeuntersuchung geben, die es aber nie gab (...) Am nächsten Tag in der Zeitung: 'Die CNDH besucht die Gefangenen und läßt ihnen medizinische und psychologische Betreuung zukommen', und dabei blieb es, sie kamen nie wieder. (...) Es kam die Beauftragte der Staatsanwaltschaft und sagte uns, 'ich werde Ihnen psychologische und gynäkologische Hilfe zukommen lassen' usw., und kam nie wieder."

Straflosigkeit der Verantwortlichen und völliges Fehlen von Entschädigung für die Opfer

Die gegen die Frauen begangene sexuelle Gewalt, die beim letzten Besuch der CCIODH dokumentiert wurde, ist straflos geblieben. Die Regierung und die Institutionen, die Gerechtigkeit hätten walten lassen müssen, haben die Zeugenaussagen der Folterer gutgeheißen und die Opfer schutzlos und bestürzt zurückgelassen.

Interview 269. Mariana Selvas. LOC

"Es gibt keine Gerechtigkeit im Fall Atenco: nach einem Jahr und acht Monaten sind wir freigekommen, weil bewiesen wurde, daß wir keinerlei Straftaten begangen hatten. Sie haben sich nicht einmal bei uns entschuldigt, aber wir wollen auch keine Entschuldigung, wir wollen nur, daß die Schuldigen bestraft werden."

4.3. Psychosoziale Auswirkungen der Folter auf die Frauen

Das Ziel, das mit der Anwendung der Folter verfolgt wird, ist es, die Identität des Opfers schwerwiegend zu zerstören: die Folter untergräbt und verändert die Wahrnehmung, die man von sich selbst hat. Folteropfer leiden schwer und dauerhaft. Die psychologischen Folgen der Folter manifestieren sich unter anderem in Realitätsverlust, innerer Unruhe, ernsthaften Gedächtnislücken, Mißtrauen oder Depression. Das erneute Zusammentreffen mit einer Person, einem Ort oder einem Gegenstand kann ebenfalls die Erfahrung wiedererwecken und ihre Folgen reaktivieren.

Die CCIODH hat zwei Jahre nach den Ereignissen unter anderem folgende Nachwirkungen der Folter bei den Frauen von Atenco festgestellt:

Kontrollverlust über das eigene Leben

Angesichts eines so schweren Traumas und in der Mehrheit der Fälle langer Zeit im Gefängnis sind Umstellungen notwendig, die mehrheitlich komplizierte Prozesse der Neupositionierung in der eigenen Identität und im Leben einschließen.

Interview 268. Italia Méndez. LOC

"Sie haben alles unter Kontrolle. Wenn sie wollen, holen sie dich raus, wenn sie wollen, lassen sie dich drin. Und die Verbindung der Solidarität und der gegenseitigen Unterstützung, die entstehen, in dem Moment, wo man rauskommt, fragt man sich: wo ist mein Platz? oder was ist mein... oder was muß ich tun?"

Mißtrauen und Gefühl der Ohnmacht

Interview 269. Mariana Selvas. LOC

Frage: Von den Frauen, die vergewaltigt wurden, wie viele haben Anzeige erstattet?

Mariana: Von den vergewaltigten acht, von den sexuell mißbrauchten 23, glaube ich.

Frage: Habt ihr Anzeige erstattet?

Mariana: Ja, aber es nützt nichts, wir können tausendmal Anzeige erstatten, aber es wird nichts getan."

Angst

Interview 266. Norma Jiménez. LOC

"Als ich rauskam, war es schwer, weil ich Angst hatte. Ich glaube, daß ich mich in der einen oder anderen Weise sicher fühlte, im Gefängnis zu sein. Es klingt komisch, aber du gewöhnst dich daran. Ich kam raus mit dieser ganzen Angst vor dem Polizisten an der Ecke: du siehst ihn, und so einer hat mich geschlagen. Das war allein schon bedrückend."

Interview 268. Italia Méndez. LOC

"Es war für mich persönlich sehr schwer, rauszukommen. Es ist seltsam, ich weiß nicht, ob das allen passiert, aber trotz der Angst, die ich hatte, rauszukommen, obwohl wir angefangen haben, Anzeige zu erstatten, und nicht wußten, ob unsere Sicherheit gewährleistet war (...) Nach der Gewalt, die wir erlebt haben, hast du keinen Maßstab mehr, du weißt nicht, ob du wirklich in Gefahr bist oder dir das nur einbildest, du weißt es nicht..."

Empörung und Wut

Interview 266. Norma Jiménez. LOC

"Immer noch ein bißchen verärgert. Ich bin verärgert und weiß nicht, ich ärgere mich sehr, daß immer noch 16 Compañeros im Gefängnis sind, ich habe ein Jahr lang mit ihnen gelebt, einige kenne ich mehr, andere weniger, aber bei allen schmerzt es mich, daß sie dort sind, ich kann es nicht glauben."

5. Aktuelle Stimmen und Zeugnisse zum sozialen Konflikt

5.1. Landkonflikte

Die Enteignungsdekrete der Grundstücke von San Salvador Atenco für den Bau des internationalen Flughafens im Herbst 2001 wurden im Juli 2002 aufgrund des Widerstands der Bewohner von Atenco annulliert. Dennoch vervielfachten sich die Erklärungen aus verschiedenen politischen Sektoren über die Wichtigkeit eines Flughafenneubaus in der Region.

Seit diesem Datum bis zu den Ereignissen von 2006 wurden in benachbarten Zonen im Estado de México verschiedene Infrastrukturprojekte durchgeführt. Einige der von der CCIODH bei ihrem vierten Besuch gesammelten Aussagen führten den Ursprung der Ereignisse auf das Projekt eines Einkaufszentrums auf dem Gebiet des Bezirks zurück. Wie dem auch sei, offensichtlich ist ein seit 2001 vorhandener und ständig wachsender Druck für einen Nutzungswandel des Bodens und eine urbane Neuordnung, der mit den kleinen Parzellen in Ejido-Eigentum in dieser Zone aufräumt und eine Urbaisierung des bisher bäuerlich geprägten Bezirks begünstigt. Es wurden Landstraßen und eine Autobahn gebaut, die eine erste Vorstellung eines Verkehrsnetzes zwischen dem Estado de México und Mexiko-Stadt geben.

Interview 258. Saúl Ríos. FPDT

"Das einzige, was wir deutlich gesehen haben und was bis jetzt weitergeht, ist der Ausbau der Straßen (...) nach Atenco, der Bau einer Autobahn hier in der Zone der Peripherie, hier in der urbanen Zone, zwischen der urbanen Zone von Ecatepec und Atenco. Hauptsächlich dort, wo die urbane Zone an die Ejido-Zone grenzt, an die föderale Zone, wie sie es nennen. Diese Straße wollten sie mal durch Atenco führen, wir haben die Landkarten, die Daten, alles. Es gab damals auch einen Konflikt, zu zeigen, daß diese Straße durch Atenco führen sollte, sie haben sie ein bißchen mehr da drüben gebaut, aber letztlich ist sie da. Jetzt das Projekt eines Vorortzuges, das sie so sehr im Fernsehen bewerben, von Chalco zum Distrikt [Mexiko-Stadt]..."

Seit den Tagen vor den Ereignissen vom 3. und 4. Mai 2006 bis heute gibt es Gerüchte über ein neues Projekt, die die Bevölkerung im Ungewissen lassen.

Die Bundesregierung hat über Beamte des Verkehrsministeriums im Dezember 2007 ihre Absicht bekräftigt, den neuen Flughafen zu bauen. Weder die offiziellen Behörden noch die Unterstützer des Plans haben einen konkreten Plan vorgelegt. Laut Zeitungsmeldungen (El Universal vom 22.1.2008) bekräftigte das Ministerium, daß der Neubau außerhalb des Bezirks Atenco auf 9.000 ha in Bundeseigentum im Bezirk Texcoco liegen wird. Nach diesen Quellen wird es nicht nötig sein, die Ejido-Teilhaber von Atenco zu enteignen, und die offizielle Ankündigung müßte in diesem Jahr erfolgen. Viele der Befragten erzählen, einige Ejido-Teilhaber der Nachbarbezirke hätten schon ihre Parzellen verkauft.

Interview 258. Saúl Ríos. FPDT

"Jetzt suchen sie neue Methoden, angeblich versuchen sie die Leute zu überzeugen, hauptsächlich in den Dörfern rund um Atenco, in den der urbanen Zone nächstgelegenen Gebieten bedrängen sie die Leute, ihre Parzellen zu verkaufen, bei einigen haben sie es geschafft, sie haben ihre Grundstücke und alles verkauft."

Der Druck auf die Bewohner von Atenco, das neue Projekt zu akzeptieren, zeigt sich erneut, in einem Klima der Angst und des Mißtrauens, aber vor allem der Undurchsichtigkeit und der Ignoranz.

Interview 18. Jorge Oliveras. FPDT

"Und wieder. Kein Recht auf Anhörung, kein Recht, uns zu informieren, als Nachbarn, als Betroffene. (...) Sie haben es nicht getan, Und werden es auch nicht tun. Nie haben sie uns berücksichtigt, und ich glaube auch nicht, daß sie es jemals tun werden."

Die Ejido-Teilhaber, die in der FPDT sind, haben in der Versammlung ihren Beschluß bekräftigt, sich diesem neuen Projekt zu widersetzen. Ihre Position ist von völligem Mißtrauen geprägt: sie glauben nicht, daß die Regierung genug Land für den Flughafenneubau hat. Nach ihren Aussagen stellt der Flughafen eine Gefahr für die Nahrungssicherheit der Anwohner dar, bedeutet Kontaminierung und einen Angriff auf die Geschichte, Tradition und Gewohnheiten der Bewohner der nordöstlichen Zone des Estado de México.

Interview 252. Martha Pérez. FPDT

"Sie wollten uns hier unsere Felder wegnehmen, unsere Art zu leben. Die Felder dienen hauptsächlich der Selbstversorgung. Es sind die Felder, die uns ernähren. Außerdem haben wir hier im Boden Wasser. Und die Großunternehmen der transnationalen [Konzerne], vor allem der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten, wollen hier ihre Unternehmen errichten, in Mexiko investieren, aber dabei unsere Würde mit Füßen treten."

Es ist offensichtlich, daß jedes Projekt großer Spannweite in diesem Rahmen – sei es ein Flughafen oder eine andere Infrastrukturmaßnahme, die die Landwirtschaft verdrängt – die bestehenden sozialen Spannungen vertieft zwischen denen, die fürchten, daß der Flughafen eine traditionelle, essentielle und vitale Tätigkeit, wie die Landwirtschaft es ist, zerstören wird, und jenen, die auf den Nutzen der Schaffung von Arbeitsplätzen in der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe setzen. Das alles trägt dazu bei, das soziale Netzwerk einer verängstigten Bevölkerung zu durchlöchern, deren eigene Mechanismen der Information, des Dialogs und der Entscheidungsfindung sehr geschwächt sind, deren soziales Netzwerk zerstört ist und die den politischen Behörden, Ordnungskräften und dem Justizsystem völlig mißtraut.

Interview 258. Saúl Ríos. FPDT

"Aus meiner Sicht sind es im wesentlichen wenige PRlisten, so bezeichnen sie sich selbst, die versuchen, die Leute zu manipulieren, versuchen, Geschenke und Unterstützung von der Regierung zu bekommen, die bei vielen Leuten an der Tür klopfen, die dann irgendwann, aus der Not heraus, akzeptieren ... irgend eine Unterstützung akzeptieren, eine ökonomische Sache, ein Kilo Bohnen, Reis oder so. Und damit glauben diese Personen, daß sie Leute haben werden, um irgendwann zu zeigen, daß sie die Mehrheit sind, oder was weiß ich, das ist die Arbeit, die Spaltung, die diese Leute betreiben, die PRlistas."

Interview 260. Anonyme Aussage

"Jetzt gab es mehr Spaltungen, und wie X sagte: jetzt waren sogar unsere eigenen Brüder in unserem Dorf gegen uns, applaudierten, als die Polizei kam, weil sie von der Regierung leben, weil sie Politiker sind; ja, das sind die Personen, die applaudiert haben, denn sie sind wenige, sie leben von der Regierung. Vielleicht haben sie deshalb gesagt 'wie schön'."

Diese Meinung steht im Widerspruch zur Regierung, die – angesichts des Interesses der CCIODH, etwas über die Politik zur Vermeidung künftiger Konflikte zu erfahren – erklärte, die Wege des Dialogs und der Beteiligung der Bevölkerung bei den Entwicklungsprojekten in der Gegend seien schon voll entwickelt.

Interview 248. Estado de México

Unterstaatssekretär der östlichen Zone: Hector Guevara Ramírez

"Vielleicht kann ein Kollege, der näher an dieser Problematik ist, erklären, was an öffentlichen Arbeiten geschehen ist, an Konferenzen, an Treffen mit der Gesellschaft, in dauerhafter Weise. (...) Ich sage Ihnen nur: Wissen Sie, wo der Gouverneur ein Programm begonnen hat? Wir würden sagen, ganz am Anfang im gesamten Bundesstaat, im Bildungsbereich, dort in Atenco, weil er weiterhin der Bevölkerung Beachtung schenken wollte, und die Bevölkerung fühlt sich unterstützt, fühlt sich beschützt, und es gab seitdem keinen einzigen ernsthaften Streit bezüglich der sozialen Problematik."

5.2. Nachverfolgung der Situation der Gefangenen

Bei diesem sechsten Besuch der CCIODH haben die Gouverneure von Chiapas und Oaxaca den Besuch von Gefängnissen zugelassen und Interviews mit den Gefangenen ermöglicht. Im Fall der Gefängnisse von Molino de Flores und El Altiplano im Estado de México war es anders; obwohl es im voraus beantragt worden war, hat die bundesstaatliche Regierung die Beobachtungsarbeit nicht zugelassen. Die CCIODH betont, daß ihr zum sechsten Mal der Zutritt zum Gefängnis El Altiplano verweigert wurde, deshalb konnte sie die Gefangenen im Hochsicherheitsgefängnis nicht befragen.

Die Haftbedingungen, die sowohl die kürzlich Entlassenen als auch die Gutachter, die bei spärlichen Gelegenheiten die Gefängnisse betreten durften, schildern, spiegeln besorgniserregende Situationen wider:

Schwere gesundheitliche Defizite im Gefängnis

Die CCIODH ist besonders besorgt über die gesundheitliche Situation, die die Gefangenen des Konflikts von Atenco vorgefunden haben, da sie immer noch vorherrscht. Wir haben Klagen erhalten, daß es keine medizinische Betreuung gibt. Im besten Fall werden Hausmittel benutzt. Die Ärzte sind nicht anwesend. In vielen Fällen sind die physischen Folgen der Mißhandlungen während der Festnahmen vor der Überstellung ins Gefängnis nicht berücksichtigt worden.

Interview 272. Vicente García. LOC, Resistencia José de Molina

"Wir hatten die Möglichkeit, die Gefängnisregeln des Estado de México einzusehen. Angeblich muß laut diesen Regeln jeder Gefangene seine Uniform, seinen Rasierer, Zahnpasta, eine Bürste und Seife zum Waschen bekommen. Nichts geben sie dir. Nichts. Es ist ziemlich schlimm, weil sie dir von allem, was für dich bestimmt ist, nichts geben. Nichts."

Interview 255. CCTI. Aurora Doménech

"Die Ethik, ich sage nicht bei allen, das kann ich nicht, die Ethik in den Gefängnissen ist, daß der Arzt die Verletzungen, die sie haben, nicht erfaßt. Den Leuten von Atenco wurden die Wunden ohne Betäubung genäht, sie wurden nicht richtig gewaschen, sie hatten keine Medikamente. Die Medikamente, die sie ihnen gaben, waren bereits abgelaufen. Das sind die Erzählungen, nicht von einer Person, sondern von vielen Leuten."

Überfüllung

Interview 257. Cecilio Ramírez. (FPDT)

"In den Zellen gab es im Durchschnitt 20 bis 25 Personen in jeder Zelle von drei mal fünf oder drei mal sechs Meter. Ja, sie sind sehr klein (...) Eigentlich sind die Zellen nur für sieben Personen. Nun, ich glaube, es waren mehr als 25."

Ernsthafte Mängel in der Klassifizierung der Häftlinge, die den Mißbrauch, die Aggressionen und die Korruption der Wachbeamten erleichtern

Die Ex-Gefangenen weisen auf die Mißhandlungen hin, denen sie im Gefängnis Molino de Flores wie einem Initiationsritus ausgesetzt waren. Bei ihrer Ankunft steckten sie sie für eine Woche in überfüllte Zellen zusammen mit bereits verurteilten Häftlingen, die mit den Abläufen im Gefängnis vertraut waren. Dort litten sie unter Diebstahl, Bedrohungen und Mißbrauch von seiten der Gefangenen.

Interview 257. Cecilio Ramírez (FPDT)

"Vielleicht haben sie uns absichtlich in einen Bereich gebracht, in dem die bereits Verurteilten einsitzen, die schon sehr mit den Abläufen im Gefängnis vertraut sind. Und es war hart, die Ankunft war hart, weil einige bereits wußten, daß wir kamen. Und was da drinnen passiert, nun, die Erpressungen..., die Drohungen..., so vieles, Aggressionen (...) Mach dir klar, daß wir erneut in die Höhle des Löwen kamen: 'Wir haben euch neue Leute gebracht, damit ihr mit ihnen tun könnt, was ihr wollt'. Weil die Autoritäten wissen, wie der Umgang da drinnen ist, und wegschauen, weil sie von anderen gekauft sind. 'Laß mich ihn ausrauben, und ich gebe dir etwas ab'."

Klima der Feindseligkeiten und Aggressionen

Interview 257. Cecilio Ramírez (FPDT)

"Denn einen von uns haben sie angegriffen, haben sie in seiner Zelle geschlagen, weil er sich nichts gefallen ließ. Das nehmen sie nicht zur Kenntnis, sie tun so, als ob es ein Handgemenge gewesen wäre, aber da sie es nicht so gesehen haben, gab es auch keine Strafe und nichts, es blieb einfach so. Die anderen haben sie bestohlen. Mich haben sie massiv erpreßt. Nun, es war sehr schwer."

Angeichts dieser Haftbedingungen ist die CCIODH besorgt über die aktuelle Situation der Gefangenen. Die Charakteristiken ihrer Haft sind:

Striktes und bedrückendes Strafregime

Die drei Verurteilten verbüßen ihre Strafe in einem Hochsicherheitsgefängnis in der Isolation, wo die Rechte der Gefangenen auf ein Minimum beschränkt sind. Die CCIODH hält die Unterbringung der drei Personen in einem Hochsicherheitsgefängnis für unverhältnismäßig angesichts der Delikte, für die sie verurteilt worden sind, und für einen Angriff auf ihre Menschenrechte.

Interview 259. Ana Robles (FPDT)

"Er ist in einem Hochsicherheitsgefängnis. Sie lassen kein Essen hinein. Sie können nirgendwo hingehen, sie sind 23 Stunden eingesperrt, essen den ganzen Tag über wenig, haben nur fünf Minuten zum Essen, 20 Minuten Hofgang. Sie werden von sämtlichen Stellvertretern bestraft, die der Wächter bittet, sie werden von Militärs überwacht und ständig bedrängt und mißhandelt."

Interview 251. Trinidad Ramírez (FPDT)

"Ich habe gesehen, daß er sehr dünne Kleidung trug, obwohl sie ihm angeblich warme Kleidung gegeben hatten, und er ist sehr dünn. Dann habe ich gesehen, daß er zitterte, und wie er zitterte. (...) Aber das Entkleiden, um auf die Toilette zu gehen, die Durchsuchung zu allen möglichen Zeiten, früh morgens, wenn sie sie früh morgens sehen wollen, ziehen sie sie aus. Sie ziehen sie total aus. (...) Es ist erniedrigend, wie sie leben. Es ist so erniedrigend..."

Gravierende physische, psychologische und emotionale Auswirkungen auf die Gefangenen

Interview 251. Trinidad Ramírez (FPDT)

"Die Auswirkungen, die ich gesehen habe, als ich Nacho gesehen habe, nun, es war eine Veränderung, ein sehr, sehr radikaler Wandel, in seiner Gestalt. Ich habe gesagt: Das kann doch nicht sein! Aber ich habe mich zusammengenommen und simuliert und ihn umarmt. Und da habe ich gemerkt, daß man ihn nicht so umarmen darf. Ganz einfach: "Ich freue mich, dich zu sehen". Nein, er ist sehr reserviert, sehr diskret. Und ich habe gemerkt, daß er sich sehr krümmte. Er macht so [beugt den Kopf]. Und sie müssen immer, wenn sie vor einem Offiziellen stehen, die Hände auf dem Rücken haben und das Gesicht zur Wand, gebeugt. Die Hände auf dem Rücken. Wie ich also in den Raum komme, in dem Nacho ist, ist Nacho gebeugt, mit den Händen auf dem Rücken. Und als ich gehe, muß er wieder diese Position einnehmen. Weil ich absichtlich gewartet habe. Und er, er ist schon wieder gebeugt, mit den Händen auf dem Rücken. Und das bringt mich wirklich zum Weinen..."

Die Aussagen der Angehörigen zeugen von extrem harten Bedingungen im Strafvollzug, die beginnen, Auswirkungen auf die Gefangenen zu haben.

Erniedrigende und bedrückende Behandlung der Angehörigen bei den Besuchen

Durch die Sicherheitsvorkehrungen in den Gefängnissen sehen sich die Frauen in erniedrigenden Situationen, denen sie unterworfen werden, um ihre Ehemänner, Söhne oder Brüder besuchen zu können.

Interview 279. Rosa Nelly Urrutia (Angehörige eines Gefangenen)

"Sie ziehen uns nackt aus. Wenn wir unsere Periode haben, müssen wir die Monatsbinde vor der Wärterin abnehmen, damit sie sie untersucht und uns eine neue gibt. Sowohl wenn wir hineingehen, als auch, wenn wir wieder herauskommen; wir müssen durch zwei Kontrollen, beim Hineingehen und beim Herauskommen. Obwohl es Röntgengeräte und Metalldetektoren gibt, sie legen uns einen Apparat an. Trotz dieser Technik führen sie erniedrigende Kontrollen durch. Die ganze Zeit werden wir mit Maschinenpistolen bedroht."

Interview 251. Trinidad Ramírez (FPDT)

"Bei jedem Besuch ziehen sie uns aus, wenn wir hineingehen, und noch einmal, wenn wir herauskommen. Das ist es, was sie tun. Außerdem geben sie dir eine Flüssigkeit, um festzustellen, ob du mit Drogen kontaminiert bist, ob du Drogen dabei hast. Also das alles. Überall Kameras. Wo du auch hinsiehst. Und manchmal ist es unglaublich, weil du kommst ja schon rein und bist darauf vorbereitet, nach den Kameras zu gucken. Aber manchmal sieht man nicht alles. Auf den ersten Blick sieht man die großen Kameras, aber die kleinen Kameras sieht man nicht. Das sind die erniedrigenden Bedingungen (...).

Und wenn wir rauskommen, durchsuchen sie auch deine Haare. Du mußt deine Haare aufschütteln. Du mußt deine Ohren umbiegen, all das. Deshalb ist es beim Besuch auch sehr erniedrigend, was sie uns antun. Zieh dich aus. Sie untersuchen sogar die Brust. Heb die Brust, nun die andere. Alles, wirklich alles. Bis zur Fußsohle. So ist es bei den Besuchen. Ich weiß nicht, ob es immer so ist. Zum Beispiel gehen Anwälte hinein, viele Anwälte, weil es dort ja große Drogenbosse gibt, deshalb gehen viele Anwälte hinein. Ich weiß nicht, ob es für sie dieselbe Behandlung gibt oder nur für die Familien."

5.3. Die Ex-Festgenommenen und Ex-Gefangenen

In den letzten Monaten sind zehn Gefangenen ohne irgendwelche Anklagen freigekommen, und es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß sie weder Entschuldigungen noch eine finanzielle oder moralische Entschädigung von seiten der Behörden erhalten haben. Der Rest, etwa 150 Personen, warten noch auf ihr Gerichtsverfahren. Die Verpflichtung, regelmäßig vor dem Gericht in Toluca zu erscheinen, verursacht ihnen eine Menge bürokratischer Pflichten, die einen moralischen und ökonomischen Druck ausüben, da sie Reisekosten verursachen und ein geregeltes Arbeitsverhältnis erschweren.

Die ehemaligen Gefangenen sind sich der Unregelmäßigkeiten und Verzögerungen in den Prozessen bewußt; ebenfalls weisen sie auf die Abwesenheit von Gerechtigkeit oder einer Entschädigung hin, wie auch auf die sozio-ökonomischen Beeinträchtigungen durch die Prozesse.

Interview 271. Iván Torres (LOC, Mahnwache Molino de Flores, La 5a Brigada)

"Ich bin am 15. Mai 2006 auf Kautio freigekommen und habe seitdem ein Verfahren wegen Beihilfe zum Angriff auf die Verkehrswege. Der Prozeß geht langsam voran, mit Verdrehungen, sie verzögern ihn sehr, es gibt viele juristische Finten. Er geht jetzt schon fast zwei Jahre. Alle acht Tage muß ich zu den Anhörungen und den ganzen Tag dort sein, und in der Mehrheit der Fälle erscheinen nicht einmal die Polizisten."

Es gibt ein starkes Gefühl von Frustration und Ohnmacht angesichts der Straflosigkeit für die Angehörigen der Ordnungskräfte.

Interview 266. Norma Jiménez (LOC)

"Es ist nichts passiert, kein einziger Polizist wurde für das, was passiert ist, zur Verantwortung gezogen (...) Das macht mich auch wütend, weil ich glaube, das Gefängnis ist das unmenschlichste, was es gibt. Ich glaube nicht, daß Gefängnisse in irgend einer Situation existieren sollten, man sieht schrecklich Dinge, Leute, die leiden, die dort sind, die nicht wissen, wie sie sich ihrer Familie nähern sollen, ihren Kindern, ihrem Leben, sie verlieren alles, nur weil sie kein Geld haben, einen Richter zu bestechen."

Bei den kürzlich Freigelassenen zeigen sich in besorgniserregendem Maße Angst und Streß bezüglich der Freiheit, was auf die leidvollen Prozesse und die schwierigen Haftbedingungen zurückzuführen ist und auf schwerwiegende Beeinträchtigungen des Vertrauens in sich selbst und die anderen verweist:

Interview 268. Italia Méndez (LOC)

"(...) trotz der Angst, die ich vor der Freilassung hatte, obwohl wir angefangen haben, Anzeigen zu erstatten und nicht wußten, ob unsere Unversehrtheit garantiert war, war es eine Arbeit, von der wir wußten, daß wir sie tun müssen, aber wir wußten nicht, was passieren würde. Ob sie uns bedrängen würden, ob sie uns erneut ins Gefängnis stecken würden, ... Nach der Gewalt, die wir erlebt haben, ist es, als ob du die Maßstäbe verlierst, du weißt nicht, ob du wirklich in Gefahr bist oder dir das nur einbildest, du weißt es nicht; Für mich war es sehr schwer, aus dem Gefängnis zu kommen, es war sehr schwer, mich von den gefangenen *compañeras* zu trennen, also geht es dir schlecht; natürlich ist es nicht so, wie im Gefängnis zu sein, was weiß ich, es ist schlimm, im Gefängnis zu sein, aber herauszukommen ist auch schlimm, sie zerbrechen deine Verbindungen, sie sagen dir: los, raus!..."

Die im Gefängnis erlittene Unterdrückung und Aggression haben anscheinend nicht die Fähigkeit zu Kampf und Widerstand geschmälert. Die Personen, die die Freiheit erlangt haben, glauben weiterhin in die Kraft der Organisation als unumgänglichen Weg, um weiterhin auf ein anderes Entwicklungsmodell zu setzen.

Nachdem er von allen Vorwürfen der Geiselnahme und der Angriffe auf die Verkehrswege befreit aus dem Gefängnis entlassen wurde, erklärte César del Valle gegenüber der mexikanischen Tageszeitung *La Jornada*:

"wenn es eine Regierung gibt, die an nichts anderes als an Schläge und Repression gegenüber den sozialen Organisationen denkt, lernen diese zu überleben. Jetzt sagen wir ihnen, daß der Schlag, den sie uns gegeben haben, uns nicht vernichtet hat, wir schreiten weiter langsam aber sicher voran und leisten jetzt mit mehr Kraft Widerstand."

5.4. Die Mahnwache: Solidarität mit den Gefangenen

Einer der Indikatoren des Widerstandswillens von seiten der Bevölkerung Atencos ist die Existenz von Mahnwachen, Zeltlagern gegenüber den Gefängnissen, in denen die Gefangenen des Polizeieinsatzes vom Mai 2006 waren. Es gibt viele Gründe, aus denen alle befragten Gefangenen und ehemaligen Gefangenen diese Geste der Solidarität positiv bewerten: die harten Haftbedingungen – die Überfüllung mit bis zu 25 Gefangenen in einer Zelle, Angriffe von gewöhnlichen Gefangenen in den ersten Tagen, Fehlen von Betreuung und Medikamenten, von Wasser und hygienischen Bedingungen –, juristische Willkür, psychische und moralische Folgen der Polizeiangriffe, die späteren Schläge und Folter.

Die Mahnwachen erfüllen eine Reihe von wichtigen Funktionen für die Aufrechterhaltung der geistigen Gesundheit der Gefangenen, ihrer Angehörigen und Freunde, sowie auch für den sozialen Zusammenhalt dieser mit der Bevölkerung und den von den Festnahmen Betroffenen.

Vertrauen und soziale Anerkennung des Leidens

Von Anfang an waren die Personen, die die Mahnwache bilden, eine Instanz des Vertrauens für die Gefangenen. In diesem Sinn ist die Mahnwache an sich eine soziale Anerkennung des Leidens, das die Gefangenen und ehemaligen Gefangenen ertragen müssen.

Interview 257. Cecilio Ramírez (FPDT)

"Später haben wir uns klarer positioniert, weil wir die Unterstützung der *compañeros* spürten, die schon draußen waren, wir wußten, daß wir in gewisser Weise die Unterstützung der Leute hatten, der *compañeros* der Mahnwache."

Präsenz und soziale Unterstützung der Gefangenen

Darüber hinaus stellen die Mahnwachen eine Präsenz und eine konkrete Hilfe für die Organisation der Gefangenen innerhalb des Gefängnisses dar.

Interview 272. Vicente García (LOC, Resistencia José de Molina)

"Außerdem, wenn ich keinen Besuch hatte, wußte ich, daß jemand von der Mahnwache kommen würde, das war also schon eine Unterstützung. Die Mahnwache war eine Unterstützung, weil man nicht mehr sagen mußte 'hier sind wir, compas'. Wir wußten, daß sie da waren. "

Kommunikation mit der Außenwelt und Information

Die Mahnwache kanalisiert die Informationen der Gesellschaft zu den Gefangenen, bringt ihnen Zeitungsausschnitte über Mobilisierungen in Mexiko und im Ausland.

Interview 268. Italia Méndez (LOC)

"Du weißt, daß du nicht allein bist. Es ist, als ob man von den *compañeros* geschützt wird. Es gab viel Solidarität überall, und plötzlich haben wir im Gefängnis die *Jornada* oder Teile der *Jornada* bekommen, die die Anwälte uns bringen konnten, und es gab Mobilisierungen in vielen Teilen der Welt..."

Aufrechterhaltung der sozialen Identität und der vor der Verhaftung durchgeführten Arbeit

Die Mahnwache hat es vielen Gefangenen ermöglicht, sich weiterhin mit den Kollektiven und Gruppen zu identifizieren, denen sie angehören, sie machen ähnliche Arbeit wie außerhalb des Gefängnisses, und vor allem ist es ein Schlüsselement, um das Zerbrechen der sozialen Identität der Gefangenen zu verhindern.

Interview 272. Vicente García (LOC, Resistencia José de Molina)

"Und dann haben wir oft versucht, ihnen zu schreiben, wir haben ihnen oft geschrieben, und deshalb haben wir das Fanzine gemacht, um eine politische Arbeit von innen mit den Gefangenen zu machen, mit der Mahnwache. Wir haben das Fanzine gemacht, sie haben es kopiert und verteilt..."

Sozialer Raum für die Wiederherstellung des Grundvertrauens und der sozialen Beziehungen

Interview 267. Fabián Montagno (LOC)

"Das Leben und die Erfahrungen bei der Mahnwache von Santiaguito hat uns, die wir teilgenommen haben, bereichert... und uns Formen des Zusammenlebens, des Umgangs und des Lernens erlaubt, die, obwohl sie versucht haben, die Andere Kampagne zu stoppen, im täglichen Leben, mit den Leuten, die zu diesen Orten kommen, um ihre wegen irgendeines Delikts oder vermeintlichen Delikts eingesperrten Gefangenen zu sehen, haben wir neue Formen der Kommunikation gefunden, neue Formen des Umgangs, Formen, in denen wir diejenigen sind, die von ihnen lernen, zu kommunizieren, zu teilen, humaner zu sein und das aufzubauen, was nicht existiert, wenn wir es nicht selbst machen..."

Angeichts der Wichtigkeit der hier kurz dargestellten Funktionen, die die Mahnwache für die Gefangenen und deren Angehörige erfüllt, ist die CCIODH besorgt über Berichte von verschiedenen Formen der Bedrängung, Bedrohungen und Angriffe (hauptsächlich verbaler Natur) gegenüber den bei den Mahnwachen anwesenden Personen.

Interview 15. Angel Benhumea

"Wir haben eine dauerhafte Mahnwache zusammen mit anderen *compañeros* der Anderen Kampagne außerhalb des Gefängnisses, und dort sind wir dauernd, und dort werden wir von der Polizei bedrängt und manchmal kommt es fast zu Zusammenstößen..."

Interview 270. Eriver Espartaco (LOC, Mahnwache Molino de Flores)

"Vielmehr haben sie uns überwacht, mit Kameras beobachtet, uns gefilmt oder fotografiert. Manchmal sind sie direkt in die Mahnwache reingegangen, weil es ein Einsatz war (...) Wörter, Beschimpfungen, nun, es gab auch Drohungen, uns zu räumen, aber von Zivilpersonen, Leuten, die aus einem Auto stiegen und sagten, wir werden euch heute nacht räumen, oder solche Sachen..."

5.5. Frauen

Die Frauen sind eine der in San Salvador Atenco und Texcoco am meisten angegriffene Gruppen. Dies blieb nicht bei den 2006 erlittenen Vergewaltigungen und der sexuellen Folter stehen. Es setzt sich fort mit den Schwierigkeiten, denen sie sich in ihrem Kampf gegen die Straflosigkeit gegenübersehen und –sehen.

Die sexuelle Folter, die die meisten der festgenommenen Frauen erlitten, hat ihre geistige Gesundheit tief betroffen. Es wurden Aussagen zu ihrer psychischen Situation gesammelt: Angst, innere Unruhe und Streß. Die Bedrängungen auf der Straße oder bei der Arbeit haben nicht aufgehört, und es herrscht weiterhin die Angst vor, ein ähnlicher Polizeieinsatz könne sich wiederholen.

Wie stellen Situationen fest, in denen die Frauen eine völlige Hilflosigkeit wahrnehmen von einer Kontrollverlust über die Situation und ihr eigenes Leben berichten.

Interview 259. Ana Robles (FPDT)

"Und es gibt etwas sehr wichtiges, was wir unter den *compañeras*, den *compañeros* diskutiert haben, daß wir unser Leben nicht wie vor der Repression leben können (...) Es war sehr schwer für uns, zu bestimmten sozialen Festen mit unseren Angehörigen, unseren Nachbarn zu gehen, die uns einladen, es war schwer für uns, uns dort zu integrieren. Einmal fragten sie mich bei einem Interview: welchen Teil deines Lebens hast du nicht wiedererlangt? Ich glaube, es ist der soziale Teil."

Die Enttäuschung und das Gefühl der Ohnmacht sind gestiegen angesichts der Blockierung ihrer Forderungen durch den Wechsel des Amtsinhabers der FEVIM; das mangelnde Handeln von seiten der alten Verantwortlichen Alicia Elene Pérez Duarte, sowie das Scheitern jeder einzelnen offenen Anzeige. Dennoch haben die Unterstützung durch die sozialen Organisationen und die Würde der Frauen, die die Anzeige erstattet haben, jede Situation der Mutlosigkeit überwunden.

Interview 259. Ana Robles (FPDT)

"Die Anzeige wegen Vergewaltigung ist völlig blockiert. Mit Elena Pérez Duarte, der früheren Sonderstaatsanwältin, haben sie immer ein Spiel gespielt. Sie kam und fing an zu weinen und sagte, sie würde alles tun, was möglich sei. Eimal kam sie mit einem Gerichtsmediziner, als wir um einen Gynäkologen gebeten hatten, um die sexuellen Übergriffe zu untersuchen, die wir erlitten hatten. Die Gerichtsmedizinerin kam und schob uns ein Wattestäbchen hinein, und am nächsten Tag hieß es, wir hätten uns selbst verletzt. Nach einer langen Zeit erfuhren wir, daß die Polizisten geschützt worden waren; sie haben sogar 16 freigesprochen, die nur wegen wollüstiger Akte und Amtsmißbrauch vor Gericht waren, obwohl es doch Folter und Vergewaltigung war. Von seiten der CNDH gab es eine gynäkologische Untersuchung, und es wurden Protokolle verschiedener internationaler Verträge auf uns angewendet und psychologische Hilfe besorgt. Im Fall der Frauen, die vergewaltigt worden waren, hat der Bundesstaat geschickterweise nie zugelassen, daß sie untersucht werden, da es in dem Moment Spuren gab, sie hatten Spuren der Verletzung durch die sexuelle Aggression, sie ließen die Zeit verstreichen, mehr als 15 Tage, so daß man danach anhand der Spuren nicht mehr sehen konnte, ob sie vergewaltigt worden waren. Sie haben die Hilfe verweigert, und da hat die CHND mitgemacht, als es nicht mehr möglich war, klinisch zu beweisen, daß sie vergewaltigt worden waren, das ist eine Perversion, ein schäbiger Akt von seiten der Behörden. Bis jetzt hat kein Verantwortlicher aufgrund von Folter das Gefängnis betreten, aufgrund von Vergewaltigung, aufgrund dieses ganzen unheilvollen Prozesses, dem sie uns während dieses Jahres und acht Monaten unterworfen haben."

5.6. 2006 festgenommene Ausländer/innen

Seit ihrer Abschiebung hat sich ihre Situation nicht geändert: sie wurden irregulär ausgewiesen und dürfen Mexiko für fünf Jahre nicht betreten. Das einzige neue Element - das wir weiter oben schon erwähnt haben - ist die Anzeige der Nichtregierungsorganisation Women's Link Worldwide vor der spanischen Justiz gegen die mexikanische Polizei aufgrund der Folter, die die Spanierin Cristina Valls während der Unruhen in San Salvador Atenco im Mai 2006 erlitten hat. Die vor der spanischen Audiencia Nacional erstattete Anzeige richtet sich gegen 140 Kräfte der Föderalen Präventivpolizei (PFP), die Polizei des Estado de México und die Bezirkspolizei von Texcoco wegen mutmaßlicher psychischer, physischer und sexueller Folter.

Interview 258. Raúl Ríos (FPDT)

"Ich glaube, es ist sehr gut, daß sie das machen, daß deportierte *compañeras* von außen Gerechtigkeit fordern, daß die Schuldigen bestraft werden, die materiell und die intellektuell Schuldigen, und wir wissen, daß sie es fordern, und wir sind mit dieser Forderung einverstanden."

6. Analyse der psychosozialen Auswirkungen

In diesem Teil erfolgt eine Annäherung aus psychologischer und soziokommunitärer Sicht an die Schäden, die der Konflikt in der Gemeinschaft hinterlassen hat, in Verbindung mit den repressiven Strategien, die diese Auswirkungen hervorgerufen haben.

Die Feldforschung, Fortsetzung der seit Mai 2006 durchgeführten Arbeit, erlaubt es, in San Salvador Atenco einen schwerwiegenden und fortdauernden Prozeß der sozialen Polarisierung, des Auseinanderfallens der Gemeinschaft und der allgemeinen Angst zu beobachten, deren Entwicklung zu tun hat mit der Aufrechterhaltung eines Klimas der Bedrängung von seiten der Ordnungskräfte, wie auch ein verbreitetes Gefühl der Straflosigkeit angesichts der auf die Bevölkerung erfolgten Übergriffe, das auf das Fehlen einer wirklichen Untersuchung und Aburteilung der Verantwortlichen dieser Übergriffe zurückzuführen ist.

6.1. Strategien der Kontrolle über die Bevölkerung. Strategien psychosozialer Schädigung

Die Kontrolle über die Bevölkerung kann unterschiedliche Formen annehmen, abhängig vom sozialen Kontext der Bewegung. Der direkte oder indirekte Druck auf Individuen und Kollektive äußert sich für gewöhnlich in Form von Bedrohungen der körperlichen Unversehrtheit und ruft die Zersetzung der sozialen Gruppen hervor, die die Politik des Staates infrage stellen. Die Angst, die Beklemmung, die Zerstörung der Strukturen und das Mißtrauen sind Folgen dieses Drucks. Einige dieser Handlungsweisen wurden von der CCIODH bei ihrem vorherigen Besuch in San Salvador Atenco gesammelt, und obwohl sich ihre Intensität verringert hat, finden sich weiterhin Einschüchterungen, Verleumdungen und Straflosigkeit, die die immer noch spürbaren Folgen der Ereignisse vom Mai 2006 verschärfen.

Seitdem wurde eine Politik der sozialen Spaltung und Polarisierung der Gemeinschaft verfolgt. Ein Element dieser Politik zieht bis heute schwerwiegende Folgen nach sich: die Polizei ermahnte oder zwang die Bevölkerung, ihre eigenen Nachbarn zu denunzieren, entweder um ihre eigene Unversehrtheit oder die ihres Eigentums zu erhalten, oder mittels Belohnung. Ein Schlag solchen Ausmaßes gegen das soziale Gefüge hat eine ernsthafte Schädigung des sozialen Zusammenlebens wie auch des persönlichen Vertrauens zur Folge. Angesichts der Gewalt gibt es vielfältige Reaktionen, aber im Laufe der Zeit vertieft sich die Spaltung, da einige dieser Gruppen wirtschaftlich unterstützt wurden.

Interview 246. Anwaltskollektiv Atenco. Juan de Dios Hernández

"Das ist das, was die Staatsanwaltschaft gemäß Artikel 21 der Verfassung beweisen muß, wozu sie völlig unfähig ist, weil der von ihr durchgeführte Militäreinsatz dazu diente, eine soziale Bewegung, ein rebellisches Dorf zu bestrafen, nicht um, wie sie behauptete, den Rechtsstaat wiederherzustellen, der in Texcoco und San Salvador Atenco außer Kraft gesetzt worden sei. (...) Es war eine Rache von seiten des Staates. Und die Beweise dafür, daß es sich um eine Rache handelte, sind sehr klar. Die Form, in der sie die Gefangenen behandelten, ist nichts anderes als Rache, die physische Folter, die psychische Folter ist eine Rache der Bundesregierung gegen ein Dorf."

6.2. Individuelle und kollektive Auswirkungen

Da die individuellen und kollektiven Auswirkungen der Vorfälle auf die Menschen schon im Bericht des vorherigen Besuchs der CCIODH beschrieben wurden, soll hier nicht im Detail darauf eingegangen werden.

Ohne sich in die Detailanalyse zu begeben, kann man sagen, daß einige der im vorigen Bericht belegten Folgen fortauern und daß weiterhin in den gesammelten Interviews Folgen und Auswirkungen der erlebten Vorfälle auftauchen, wie traumatische Erinnerungen, Beklemmungen, Phasen der Blockierung, Ungewißheit und Unsicherheit, Verletzlichkeit, dauernde Alarmzustände, Angst, Empörung, verhaltene Wut, Schuldgefühle oder Mißtrauen gegenüber den Institutionen.

6.2.1. Individuelle Auswirkungen

Die individuellen psychosozialen Auswirkungen dauern an. Schauen wir uns eine Auswahl der häufigsten an:

Traumatische Erinnerungen

Diese Situationen beinhalten die Rückkehr zu der traumatischen Situation sowie die Unmöglichkeit, aus ihr zu entkommen, sich aufdrängende Gedanken (Bilder, die ständig ins Gedächtnis dringen), diese Situationen wiederholen sich und machen Angst; die betroffenen Personen haben große Schwierigkeiten, aus diesem Gedankenkreislauf auszubrechen.

Interview 259. FPDT. Ana Robles

"Sie sagten uns, sie würden uns zu einem Ort bringen und uns erschießen, (...) sie sagten uns sogar: 'und niemals werden sie eure Leiche finden, niemand wird wissen, wo ihr seid' solche Sachen die ganze Zeit, während sie uns schlügen (...) du denkst noch nicht mal an die Schläge, die sie dir geben, sondern du denkst, daß dein Leben gleich aufhört, und natürlich machst du dir Sorgen, wenn sie sagen: 'wir werden deine Familie suchen, und ihr wird das gleiche passieren'. Ich glaube, die psychologische Folter ist schlimmer, das, was sie dir sagen und was du tatsächlich glaubst, weil du weißt, daß sie dazu fähig sind (...), weil du es irgendwie aushältst, aber an deine Familie zu denken, zu denken, daß du sie nie mehr wiedersehen wirst und daß ihr das gleiche passieren kann wie dir, ich glaube, das ist das schlimmste (...) ich erinnere mich an eine Frau, die sie fragen, wie ihre Mutter heißt, und sie fragt 'warum?', und sie sagen, weil sie sie und ihre Kinder umbringen werden, und wir anderen haben Angst, unseren Namen zu sagen, sie fragen weiter, wir sagen alle unseren Namen und sie machen sich über uns lustig: 'ich werde zu dir nach Hause gehen und deine Familie umbringen, damit du daraus lernst'."

Beklemmung, Unsicherheit, Wut

In einigen Fällen verbinden sich aufgrund der Vertiefung und fehlenden Lösung des Konflikts Phasen des Schweigens und der Niedergeschlagenheit mit solchen der Wut. Das Angstgefühl ist hier der rote Faden.

Interview 251. Trinidad Ramírez (FPDT)

"Das führt also zur Empörung, weil diese Morde an Alexis Benhumea, an Francisco Javier, die Vergewaltigungen meiner *compañeras* und die Folter, die hier begangen wurde, hier im Dorf an den Leuten, das Einsperren, all die Schläge, nun, daß unser Dorf mit Blut getränkt wurde, das ist etwas, was uns in der Seele verletzt."

Interview 259. Ana Robles (FPDT)

"Jetzt sind wir also in einer Phase, in der wir mit den Leuten arbeiten müssen, einfach um ihnen Vertrauen zu geben. Es gibt Leute, *compañeros*, die aus ihren Häusern mußten und nicht wieder zurück konnten. Eine, eine *compañera*, von der wir kürzlich erfahren haben, daß sie in einer tiefen Krise ist, und sie ist eingeschlossen und will nicht aus dem Haus gehen, weil sie in diesem Moment gefangen geblieben ist."

Interview 252. Martha Pérez. (FPDT)

"Ich nehme es nur als Beispiel, ein kleines Beispiel dafür, daß sich viele Leute in meinem Dorf verändert haben. Fürchterlich, weil es Tote gegeben hat, es gibt Krankheiten, die wirtschaftliche Situation ist schwierig. Meine *compañeros* und *compañeras*, die noch versteckt leben, die nicht aus dem Untergrund auftauchen konnten, weil es Haftbefehle gegen sie gibt, wir wissen nichts von ihnen. Wir wissen nicht, wie es ihnen geht. Den Angehörigen der Gefangenen geht es auch schlecht, ihr Leben hat sich verändert. Das Leben der Kinder ist ebenfalls von ständiger Unsicherheit geprägt."

Angst

Es ist eine Unterordnung unter die Norm des Schweigens zu beobachten, die eine fortschreitende Isolierung - oder das Gefühl der Isolierung – hervorruft. Die Angst innerhalb der Bevölkerung kann in manchen Situationen lähmend sein.

Interview 260. Anonyme Aussage

"Wir glauben, daß es eine Repression gegen die Leute geben wird, die sich gegen das Projekt eingesetzt haben, das uns in keiner Weise zugute kommt."

Interview 82. Anonyme Aussage

"Ich möchte, daß Sie, die Kommission, nicht viel über das veröffentlichen, was mir passiert ist, weil vielleicht, ich habe gesagt, ich habe keine Angst, aber ich habe vor allem Angst um meine Familie."

Beklemmungen, Blockierungen

Diese Situationen rufen Gefühle der Beklemmung, Blockierung und generellen Widerstand gegen das Treffen anderer Entscheidungen hervor, die manchmal für ein normales Leben nötig sind.

Interview 252. Martha Perez (FPDT)

"Nun, später bin ich zurückgekehrt, und wegen dieser Rückkehr hatte ich starke Beklemmungen, große Angst, eingesperrt zu werden. Und meine Beklemmung kam daher, daß mir bewußt war, was meinen *compañeras* passiert war. Daß mich als Frau nicht nur das Gefängnis erwartete, ungerechterweise, sondern mich erwartete auch die Folter, mich erwartete auch die sexuelle Gewalt, mich erwartete die Rache einer Regierung gegenüber uns, den Frauen, die an einem sozialen Kampf teilgenommen haben."

Dauernder Alarmzustand

Die oben beschriebenen, durch Angst und Unsicherheit hervorgerufenen Situationen werden manchmal zum Gefühl eines dauernden Alarmzustandes, der die Durchführung gewöhnlicher und alltäglicher Handlungen verhindern kann. Es entsteht eine Angst vor der Wiederholung der Vorfälle; das Gefühl der Straflosigkeit und die fehlende Wiedergutmachung des Schadens verstärken diese Empfindung.

Ungläubigkeit angesichts der Vorfälle und Unvermögen, in ihnen eine Logik zu sehen und zu reagieren

Der Staat wandte bei dem Einsatz gegen die Bevölkerung unverhältnismäßige Taktiken mit einer militärischen Struktur an, und es wurden massive Verhaftungen vorgenommen. Die Wohnungen der Menschen wurden brutal überfallen mit der Folge, daß das Gefühl der Sicherheit und Intimität der Wohnung verletzt wurde. Die erlebten Situationen waren eindrücklich und traumatisch, und in manchen Fällen ist es unmöglich, den Vorfälle eine Logik zuzuordnen, so daß es eine Spirale der Angst, Beklemmung, des Gefühls der Wehrlosigkeit und des Alarmzustandes gibt, die das Reaktionsvermögen beeinträchtigt.

Interview 266. Norma Osorio (LOC)

"Ich kann es nicht glauben, weil es immer dasselbe ist, bei keiner der mehr als 200 Personen, die verhaftet wurden, gab es ausreichende Beweise für ein Gerichtsverfahren, trotzdem haben sie uns verhaftet, trotzdem haben sie uns eingesperrt, und es hat zwischen einem und acht Monaten gedauert, bis wir freigekommen sind, damit sie dir am Ende sagen, es lag nie etwas gegen dich vor, weswegen man dir ein Verfahren hätte machen können. So wird es mit allen sein. Aber ich weiß nicht, so wie das alles ist...so viel Straflosigkeit, ich habe auch Angst, daß irgendwann jemand verurteilt wird, zu 20 oder 30 Jahren, wegen nichts, und es sind Leute, die Familie haben, die meisten sind einfache Leute, Bauern, Arbeiter, und ihre Familien brauchen sie; ich werde sehr wütend, wenn ich daran denke."

Interview 272. Vicente García (LOC, Resistencia José de Molina)

"Wir haben es noch nicht geglaubt [als wir erfahren haben, daß wir freikommen], und es gibt immer noch Momente, in denen ich es nicht glaube. Manchmal ist es die verdammte Angst, aufzuwachen und im Loch zu sein, oder aufzuwachen und wieder die Gitterstäbe zu sehen. Es ist der dauernde Kampf gegen die Gitterstäbe und gegen diese Mauer. Nicht weil es etwas materielles ist, sondern weil es gegen das ist, was es repräsentiert."

Schuldgefühle

Die Unmöglichkeit, angesichts eines gewaltsamen Vorfalls zu handeln, äußert sich in Schuldgefühlen. Es tauchen wieder Zweifel über die eigene Identität auf, in einer Anstrengung, die schmerzhaften Situationen zu verarbeiten. Angesichts der Unfähigkeit, das, was passiert, zu verarbeiten, angesichts jeder Verlustsituation bewegen sich die Gedanken im Kreis.

Das Schuldgefühl tendiert dazu, das Verhalten der Individuen innerhalb der moralischen Normen ihrer Umgebung zu halten und früheres Verhalten nicht zu wiederholen.

Interview 251. Trinidad Ramírez (FPDT)

"Ich habe mich gefühlt, als ob ich sterben würde. Sie haben mich behandelt, ich konnte mich langsam erheben. Und ich bekam wieder Kraft und dachte nach, dachte über viele Dinge nach. Und manchmal hatte ich das Gefühl, wir waren schuld. Aber danach sagte ich mir selbst: schuld woran? unsere Rechte zu fordern? zu fordern, daß der Wille eines Dorfes respektiert wird?"

Interview 252. Martha Pérez (FPDT)

"Das hat mein Leben völlig verändert. Denn vorher hatte ich ruhig gelebt, in Harmonie, habe meine Arbeit gemacht, mich um meine Familie gekümmert, mich Aktivitäten in meinem Dorf gewidmet, die mir gefielen; und plötzlich, als ich mich an der Bewegung beteiligt habe, sah ich mich als Straftäterin beschuldigt, mit der Angst, festgenommen zu werden, oder daß meiner Familie etwas passiert."

6.2.2. Auswirkungen auf familiärer Ebene

In vielen Familien waren schwerwiegende Auswirkungen der Vorfälle von San Salvador Atenco zu spüren; die eingesperrten oder geflüchteten Angehörigen, der Rollenwechsel führen zu einer Umstrukturierung innerhalb der Familien, wirtschaftlichen Brüchen, Verlust der Arbeit und Folgen bei Minderjährigen.

Die Rückkehr nach Hause nach der Entlassung aus dem Gefängnis wirkt sich auf die Interaktion der Familie, auf die Beziehungen aus, da es der Moment ist, kollektiv Bilanz zu ziehen.

Im Fall der exilierten Personen kann der Verlust des Kontaktes zur Familie ein Verlassenheitsgefühl, ein Gefühl des Verlustes der natürlichen Bindungen bei den Angehörigen hervorrufen. Einige der berichteten Probleme sind:

- Umstände der Verhaftung und Auswirkung auf die Angehörigen
- Mißhandlung und Gewalt gegen Minderjährige und deren Folgen
- Personen, die sich verstecken mußten

Umstände der Verhaftung und Auswirkung auf die Angehörigen

Interview 259. Ana Robles (FPDT)

"Ich sehe es an meinen Kindern, an der Kindheit, der Jugend, in welcher Weise sie betroffen sind, plötzlich werden sie depressiv, meine Tochter hat plötzlich geweint, jammerte, wollte über all das nicht mit mir reden: wie es ihr ging, als sie mich verhaftet haben. Noch ein Jahr später war sie eines Tages sehr traurig und weinte. – Warum weinst du, fragte ich sie. – Ich weiß nicht, Mama, ich weiß nicht, was ich habe –, und jedesmal, wenn ich versuchte, sie zu fragen, – wie ist es dir gegangen, als sie mich verhaftet haben, – Mama, ich will nicht darüber reden, ich will nicht reden – und sie hat sich weggedreht. Erst nach einem Jahr hat sie angefangen, darüber zu sprechen, wie sie es erlebt hat, wie sie davon erfuhr, wo sie hinmußte, sie haben sie von einem Ort zum anderen gebracht, damals war meine Tochter 13 Jahre alt."

Mißhandlungen und Gewalt gegen Minderjährige und deren Folgen

Interview 252. Martha Pérez (FPDT)

"Eines unserer Kinder, das einfach nur vorbeikam, wurde von der militarisierten Polizei umgebracht, die bewaffnet reinkam und ein Kind umbrachte. Einen anderen jungen Studenten, der hier im Dorf war, haben sie mit einem Gummigeschoß am Schädel verletzt, er starb 20 Tage später. " [die Rede ist von Javier Cortez und Alexis Benhumea]

Interview 250. Anonyme Aussage

"Und viele Kinder, die sie nicht weggebracht haben, haben es miterlebt. Wie mein Junge, als ich zuückkam und ins Zentrum ging, alles war voll Polizei, ich hielt ihn an der Hand, er ist fünf Jahre alt, er sträubte sich, ich nahm ihn mit, und er sagte: Nein, Papa, ich gehe hier nicht lang. Und ich: warum? Er hat gesagt: weil dort Polizisten sind. Ich habe geantwortet: Los, komm, gehen wir. Und bin geradeaus gegangen, und der Junge hier vor mir, der Kommissar beobachtete mich, und der Junge sagte: Papa..., und ich: was ist los? und er: sie haben dich nicht festgehalten, also haben sie dich nicht gesehen. Das heißt, er weiß das schon, daß sie uns jederzeit festhalten können."

Interview 251. [Zuordnung unklar]

"Es war nicht einfach, weil der Große gesehen hat, wie sie uns geschlagen haben, um uns aus dem Haus zu holen, und ein bißchen ein psychologisches Trauma bekommen hat.

- Wie alt ist er?
- Er ist 13 geworden. Er hat es auch mitbekommen, weil meine Frau mir erzählt hat, daß diese ganzen Typen ins Haus kamen... Wir hatten ja früher nie solche Probleme, es war sehr schlimm, sie haben mir gesagt, der Junge hat mir gesagt: Papa, ich habe es auch gesehen, ich habe gesehen, daß sie Drogen genommen haben, und hier im Haus noch Sachen zerstört haben."

Interview 283. América del Valle (FPDT)

"Ich bin jetzt 27 Jahre alt. Der Ort, der mich aufgenommen hat, hat sich schon bald in einen Kampfgraben verwandelt. Nie hätte ich gedacht, daß ich Tage, Wochen, Monate und nun schon bald zwei Jahre von meinem Dorf und meinen Angehörigen entfernt im Exil leben muß. Aber wenn ich die letzten Jahre Revue passieren lasse, wird mir klar, daß ich gemeinsam mit meinem Dorf, mit meinen Eltern und Geschwistern nicht wenig gelernt habe, daß es nicht wenig ist, was wir erreicht haben. Und ich erinnere mich an unendlich viele Gespräche mit meinem Vater über den Kampf der Dörfer, unzählige Lektionen, die nur möglich sind, wenn man Teil von etwas ist, was kollektiv erbaut wird, und ich fühle, daß ich Glück habe, den Vater zu haben, den ich habe, die Mutter zu haben, die ich habe, die Geschwister zu haben, die ich habe, und meine ganze Familie, die nicht endet und bis zu allen Rändern der Dörfer reicht, und nur so, in diesem Graben, überzeuge ich mich davon, daß die Tatsache, sie nicht in der Nähe zu haben, nicht bedeutet, daß ich sie nicht habe."

6.2.3. Kollektive Auswirkungen

Die Verletzung der Menschenrechte beim Polizeieinsatz und die bis heute vorherrschende Straflosigkeit haben ihrerseits das soziale Gefüge in solchem Maße beeinträchtigt, daß dadurch Kriterien, Normen, Gesetze, Äußerungen infrage gestellt werden, die heutzutage soziale Prozesse sowie die Beziehung zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft regeln.

Die Nichtsanktionierung des Verbrechens verhindert, daß die Justiz und das Gesetz die Funktionen symbolischer Wiedergutmachung, der Normensetzung und des sozialen Zusammenhalts erfüllen können. Deshalb haben sich Gewohnheiten, Definitionen des Erlaubten und des Verbotenen, des Gültigen und des Ungültigen verändert, an die sich eigentlich alle Mitglieder der Gemeinschaft halten sollten.

Die Auswirkungen auf kollektiver Ebene, die wir feststellen konnten, sind folgende:

- soziale Spaltung und Polarisierung
- soziale Demobilisierung, exemplarische Strafen
- Mißtrauen gegenüber dem institutionellen System

Soziale Spaltung und Polarisierung

Interview 250. Anonyme Aussage

"Wenn wir uns hinsetzen und reden, gehört es schon zum Leben von ganz Atenco, darüber zu reden, was passiert, es gibt kein Gespräch ohne dieses 'ah ja, die Gefangenen! Die, gegen die Verfahren laufen, wie geht es ihnen?' Das heißt, es gehört dazu. Vielleicht ein paar Angehörige (...) Es ist sehr schwierig für die Leute hier, ich sehe die große Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen uns."

Soziale Demobilisierung, exemplarische Strafen

Interview 251. Trinidad Ramírez (FPDT)

"Ja, der Preis [der Menschenrechtspreis "Sergio Méndez Arceo"], den Nacho und die Frente de Pueblos [die FPDT] am 5. Mai bekamen, war sehr wichtig für uns. Aber es war trotzdem ein schwerer Schlag für die Frente. Und ich sage, für die Frente, weil es für mich etwas war, was ich einfach nicht glauben konnte; und in dem Moment habe ich gesagt: 67 ½ Jahre! Aber so alt wird er gar nicht. Lebenslänglich, also für immer im Gefängnis. Ich habe gesagt: Was hat Nacho [Ignacio del Valle] getan? Was hat Nacho getan, um diese 67 ½ Jahre zu verdienen? Was hat Felipe getan? Was hat Héctor getan, um diese Strafe, diese ungerechte Haft zu verdienen?"

Mißtrauen gegenüber dem institutionellen System

Interview 269. Familie Selvas

"Schau, ich erwarte nichts von der schlechten Regierung, wir können nur eine neue Repression erwarten, sie bereiten sich schon darauf vor, die zu unterdrücken, die nicht konform sind: die Militarisierung, die auf nationaler Ebene vor sich geht, mit dem Ziel, das Aufkommen des Aufstands zu ersticken, das im Land entstehen kann."

Interview 262. Jorge Salinas (LOC, Zapatistisches Telefonisten-Kollektiv)

"Damit die nicht den Vorwand hatten, es gäbe hier Leute, die gegen ihren Willen festgehalten werden. Jedenfalls waren wir nicht beteiligt, nun, ich persönlich jedenfalls habe bei nichts derartigem teilgenommen, aber jetzt gibt es Compañeros genau wie mich, die im Gefängnis sind. Eine Sache, über die wir spekulieren, ist, daß ich freigelassen wurde, weil so intensiv über die Repression berichtet wurde, die ich erlitten habe. Als ob es die Regierung ein bißchen zu viel kostete, daß bewiesen wurde, daß ich nicht dabeigewesen war, und daß sie mich so brutal geschlagen hatten, daß sie mich noch Monate im Gefängnis ließen. Sie sagten immer wieder völlig ungestraft: 'nun, wenn er festgenommen wurde, dann weil er dabei war', und das verzögerte es gewaltig... Die ganzen Polizisten dasselbe sagen zu hören, dasselbe, dasselbe, und obwohl in meinem Fall Videos gezeigt wurden, sagten sie: 'nein, schau, dort bist du prügelnd' aber er ist nicht da, der Compañero ist nicht auf der Autobahn, ich war nicht auf der Autobahn."

6.3. Formen der individuellen und kollektiven Bewältigung

In gleicher Weise, wie die CCIODH schwerwiegende Auswirkungen auf die Integrität und Kommunalität von San Salvador Atenco festgestellt hat, wurden auch Zeichen der Würde und Wiederaneignung der zerbrochenen Identität bei den vom gewaltsamen Polizeieinsatz vom Mai 2006 betroffenen Personen gefunden. Wir erwähnen im folgenden einige der herausragendsten:

- sich nicht zum Opfer machen lassen: aktive Haltung gegenüber dem eigenen Leiden
- Aufbau von Beziehungen mit anderen Menschen in derselben Situation
- erneute Beteiligung an der Bewegung
- Beharrlichkeit bei der Forderung nach Wiedergutmachung
- Beharrlichkeit im sozialen Kampf

Sich nicht zum Opfer machen lassen: aktive Haltung gegenüber dem eigenen Leiden

Interview 251. Trinidad Ramírez (FPDT)

"Ich sage: nein, nein, nein. Das kann nicht sein! ... und deshalb bekommst du mehr Lust, zu kämpfen und nicht da hineinzufallen. Weil du in eine Depression fallen kannst. Manchmal sage ich: 'Nun, wie einfach ist es in einer Depression, wie einfach wäre es, hineinzufallen und einfach alles zu vergessen.' Aber nein! Deshalb bleibe ich dabei, daß der Schmerz dich niederwirft, aber auch aufrichtet. Weil es das glücklicherweise gibt, ich weiß nicht, ob es eine Fähigkeit ist, ich weiß nicht, was es ist, darüber hinwegzukommen, über alles hinwegzukommen, was du erlebst. Darüber hinwegzukommen und stark zu bleiben..."

Aufbau von Beziehungen mit anderen Menschen in derselben Situation

Interview 267. Fabián Montagno (LOC)

"Die Aktivitäten an den Wochenenden, den Besuchstagen, Samstag die Gefangenen, Sonntag die Verurteilten, Samstag die Angeklagten, haben begonnen, uns eine Beziehung zu den Leuten zu ermöglichen, und in gewisser Weise hat das die Wahrnehmung nach innen verändert, von den Angehörigen her, das war wirklich der Zünder für eine engere Beziehung mit den Leuten..."

Erneute Beteiligung an der Bewegung

Interview 258. Saul Río (FPDT)

"Dann habe ich beschlossen, nach Atenco zurückzukehren. Hierher nach Atenco zu kommen, offen teilzunehmen und überzeugt davon, daß es keinen Sinn macht, sich weiter zu verstecken und daß es am wichtigsten ist, offen das Gesicht zu zeigen. (...) Das hat mich sehr unsicher gemacht und dann habe ich beschlossen, nach fast drei Monaten nach Atenco zurückzukommen. Ich habe mich dem Kampf angeschlossen, mich mit meinen Compañeros den Demonstrationen angeschlossen, den Treffen, allem, was wir bis heute machen..."

Beharrlichkeit im sozialen Kampf

Interview 283. América del Valle (FPDT)

"Wir, und ich im besonderen, ich bin nicht frei, solange die Compas nicht frei sind. Weil es nicht nur um dieselbe Sache geht, sondern wir haben eine Menge geteilt (...) Die Momente, die Traurigkeit, all das haben wir geteilt (...)

Ich kämpfe weiter, weil wir nicht unter dem Stiefel der Justizreformen, der Gefängnisreformen, der verfolgerischen, mörderischen, vergewaltigenden Reformen leben wollen... Weil die Freiheit kein Privileg und kein Geschenk ist, sondern die Freiheit gehört uns und ist unser Recht..."

7. Menschenrechte

7.1. Verletzung individueller Menschenrechte

Die optimistische Vision, die die Regierung des Bundesstaates – in den Worten des Staatssekretärs Héctor Guevara – gegenüber der CCIODH präsentierte, daß "die Regierung des Bundesstaats skrupulös die Menschenrechte respektiert" habe, können wir leider nicht teilen.

Abgesehen von den konkreten Situationen, die wir im Abschnitt 6.3. erwähnt haben, müssen allgemein alle Freiheitsberaubungen und auf willkürlichen Verhaftungen basierenden Prozesse angeklagt werden, die zuvor schon beklagt wurden und weiterhin fortbestehen. Die illegalen willkürlichen Festnahmen von Mitgliedern der sozialen Bewegungen, das Unterschleichen von Waffen oder Drogen oder jedwede falsche Unterstellung irgendwelcher Straftaten durch Staatsbeamte, um diese Festnahmen zu rechtfertigen, sowie auch die Verurteilungen dieser durch Richterspruch bedeuten die Verletzung des Verbots, "willkürlich festgenommen oder in Haft gehalten [zu] werden" und die offensichtliche Verletzung des Grundrechts: "Niemand darf seine Freiheit entzogen werden, es sei denn aus gesetzlich bestimmten Gründen und unter Beachtung des im Gesetz vorgeschriebenen Verfahrens", festgeschrieben in Artikel 9.1 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (IPbPR) sowie in Artikel 7.2 und 3 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention, die von Mexiko unterzeichnet wurden.

Das Gefängnis als vorbeugende Maßnahme wurde nicht als Ausnahmeinstrument zur Erreichung von Verfahrenszielen benutzt. In diesem Sinn wird Artikel 9.3 des IPbPR verletzt, welcher festschreibt: "Es darf nicht die allgemeine Regel sein, daß Personen, die eine gerichtliche Aburteilung erwarten, in Haft gehalten werden, doch kann die Freilassung davon abhängig gemacht werden, daß für das Erscheinen zur Hauptverhandlung oder zu jeder anderen Verfahrenshandlung und gegebenenfalls zur Vollstreckung des Urteils Sicherheit geleistet wird."

Die von der CCIODH dokumentierten Fälle enthalten zahlreiche Beispiele von Menschen, die mehr als ein Jahr lang im Gefängnis waren und am Ende freigesprochen oder entlassen wurden, ohne daß die Richter zur Verantwortung gezogen worden wären, und ohne jegliche Wiedergutmachung für die geschädigten Personen. In diesen Fällen wird auch Artikel 9.5 des IPbPR verletzt, in dem festgehalten wird: "Jeder, der unrechtmäßig festgenommen oder in Haft gehalten worden ist, hat einen Anspruch auf Entschädigung."

Ebenfalls wurde das Recht des Zugangs von Ärzten, Anwälten und Angehörigen zu den Verhafteten nicht komplett garantiert, das in Artikel 11 der Anti-Folter-Konvention, Prinzipien 11 bis 13 der Prinzipien zum Schutz der Festgenommenen oder Gefangenen (??) sowie in Paragraph 7, 22 und 37 der Mindestregeln für die Behandlung von Gefangenen festgeschrieben ist.

7.2. Strafflosigkeit und Verletzung des Rechts auf Gerechtigkeit und Wiedergutmachung des Schadens

Die in unserem vorherigen Bericht beschriebenen Verletzungen der Menschenrechte wurden von den Verwaltungs- und Justizbehörden nicht ausreichend untersucht.

Es gab nicht die unumgängliche Bereinigung bei den politisch Verantwortlichen: kein einziger Staatsbeamter von hohem Rang wurde entlassen noch sanktioniert.

Ebenfalls wurden die Angehörigen der Öffentlichen Sicherheit, die in den Tod der zwei Jugendlichen, die Schußverletzungen, die Folter und Mißhandlungen, die angezeigten neun Vergewaltigungen und 23 Fälle sexueller Folter verwickelt waren, nicht strafrechtlich und verwaltungstechnisch zur Verantwortung gezogen. So bleibt die Situation völliger Strafflosigkeit für die intellektuell und materiell Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen bestehen.

Bis heute hat die Justiz nicht ernsthaft ermittelt und aus den Anzeigen bezüglich Folter solche des Amtsmißbrauchs gemacht. Ebenso wenig wurden irgendwelche Entschädigungen, sei es moralischer oder materieller Natur, für die Opfer der Repression vereinbart, was die Unterordnung des Justizsystems unter die Anordnungen und Vorgaben der politischen Autoritäten nahelegt.

7.3. Spezifische Menschenrechtsverletzungen

Fast zwei Jahre nach der Polizeiintervention und der brutalen Unterdrückung in San Salvador Atenco und Texcoco ist die Bevölkerung, sowohl diejenigen, die untertauchen mußten, als auch jene, die im Gefängnis waren oder die, die bleiben konnten, weiterhin von den Auswirkungen betroffen; sie ist betroffen von der Verletzung ihrer Grundrechte (auf freie Meinung, Versammlung, Grundbesitz, Arbeit, Gesundheit, persönliches Leben, Sicherheit...). Der Großteil dieser Angriffe ist auf die Polizeieinheiten zurückzuführen, und die Unregelmäßigkeiten wurden zur Regel.

7.3.1. Politische und Gewissensgefangene

Die CCIODH erkennt die Existenz von politischen Gefangenen im Bundesstaat México an. Die Mehrheit der Festgenommenen im Fall Atenco, um nicht zu sagen alle, sind Personen, die ausschließlich aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Kollektiven oder politischen Organisationen der Freiheit beraubt wurden. Darunter sind auffallend viele, die in der FPDT oder in den Protestmobilisierungen aktiv waren.

Diese Situation läßt eine gravierende Verletzung der von Mexiko unterzeichneten internationalen Verträge vermuten, nicht nur bezüglich Situationen willkürlicher Festnahmen oder Haftstrafen, die u.a. in Artikel 9.1 des IppbR geächtet werden, der sicherstellen soll, daß niemand der Freiheit beraubt werden darf, es sei denn in gesetzlich festgelegten Fällen und gemäß festgelegter Prozeduren. Diese Freiheitsberaubungen aus ideologischen Gründen legen eine Verletzung der Meinungs- und Gewissensfreiheit (Artikel 18 IppbR) und der Vorschrift, daß niemand wegen seiner Meinung belangt werden darf (Artikel 19 IppbR), nahe.

Dadurch, daß in vielen dokumentierten Fällen der Freiheitsentzug nur aufgrund der Mitgliedschaft in bestimmten Kollektiven erfolgt, wird darüber hinaus das Recht auf Vereinigungsfreiheit (Artikel 22 IppbR) verletzt. Es ist sehr wichtig, diese kollektive Dimension nicht zu unterschätzen, da sie die Essenz des demokratischen Staates betrifft: die politische Beteiligung. Und außerdem, weil der ungerechtfertigte Freiheitsentzug ihrer Mitglieder von den sozialen Organisationen als das wichtigste Element der Konfrontation gesehen wird, auf das sie viele Kräfte und politische Mobilisierungen konzentrieren.

7.3.2. Der Freiheit beraubte Personen

Abgesehen von der Situation der politischen Gefangenen hat die CCIODH auch festgestellt, daß das Strafsystem in den mexikanischen Gefängnissen weit davon entfernt ist, die Mindestregeln für die Behandlung Gefangener, wie sie vom Ersten Kongreß der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger 1955 in Genf festgelegt wurden, einzuhalten, besonders – wie in Abschnitt 5.2 dargelegt – bezüglich der "für die Gefangenen bereitgestellten Örtlichkeiten", der "medizinischen Versorgung" und "Kontakte mit der Außenwelt". Verbesserungen in diesem Bereich sind dringend nötig, um die von Mexiko eingegangene Verpflichtung: "Jeder, dem seine Freiheit entzogen ist, muß menschlich und mit Achtung vor der dem Menschen innewohnenden Würde behandelt werden" (Artikel 10.1 IppbR) größtmöglich umzusetzen.

Besonders besorgniserregend ist die Situation der verurteilten Gefangenen im Hochsicherheitsgefängnis. Die Regelungen in dieser Art Gefängnis reduzieren die Rechte der Häftlinge auf das Mindestmaß, was im Fall der drei erwähnten Gefangenen von Atenco besonders beunruhigend ist, da es nicht ihrem Profil entspricht. Aber darüber hinaus bedeutet es eine ganze Reihe von Einschränkungen der Rechte ihrer Angehörigen, die in diesem Fall völlig unverhältnismäßig erscheinen. Beim Besuch der Gefangenen sind die Frauen erniedrigenden Behandlungen unterworfen, wie sich nackt ausziehen zu müssen, berührt zu werden oder einer minutiösen Untersuchung der Haare, der Kleidung und persönlicher Dinge unterzogen zu werden. Bei der dem Besuch vorangehenden Kontrolle sind sie der Willkür der Gefängnisbeauftragten ausgesetzt, die sie beliebig lange aufhalten können. Diese Zeit wird von der Gesamtbesuchszeit abgezogen.

7.3.3. Frauen

Bezüglich der Vergewaltigungen und sexuellen Angriffe, denen die festgenommenen Frauen ausgesetzt waren, kann man nicht bestätigen, daß die Autoritäten ihre Fähigkeit gezeigt hätten, eine sofortige und unparteiische Untersuchung durchzuführen, wie sie in Artikel 12 der Anti-Folter-Konvention und Artikel 9 der Erklärung über der Schutz vor Folter gefordert wird.

Die mexikanischen Autoritäten waren ebensowenig fähig, sicherzustellen, daß die mutmaßlichen Schuldigen einem Gerichtsverfahren unterzogen werden, wie es Artikel 7 der Anti-Folter-Konvention und Artikel 10 der Erklärung über den Schutz vor Folter fordern.

Ebensowenig waren sie in der Lage, sicherzustellen, daß die Opfer eine adäquate Wiedergutmachung und Entschädigung erhalten, wie es in Artikel 13 und 14 der Anti-Folter-Konvention, Artikel 11 der Erklärung über der Schutz vor Folter und Paragraph 35 und 36 der Mindestnormen für die Behandlung Gefangener gefordert wird.

7.3.4. Bevölkerung von San Salvador Atenco

Was die kollektiven Rechte der Einwohner und Ejido-Teilhaber von Atenco betrifft, so hat die Anwesenheit der Polizeieinheiten des Bundesstaats, uniformiert oder in Zivil, auf den Plätzen, Straßen und vor den Schulen nicht aufgehört, was ein Klima der Unruhe und Angst verursacht, das die Bevölkerung an die Spannungen während des Polizeieinsatzes vom 3. und 4. Mai 2006 erinnert. Dieses Szenario nährt das Mißtrauen gegenüber den Autoritäten. Gleichzeitig sind die Feste, Traditionen und andere soziale Aktivitäten ausgesetzt und manchmal verhindert worden, was auf die Spaltungen und Zusammenstöße sowie die Entmutigung der Bevölkerung zurückzuführen ist.

Das alles, zusammen mit der Tatsache, daß zwei Jahre später immer noch Entwicklungs- und Infrastrukturpläne erstellt werden, ohne die betroffene Bevölkerung zu beteiligen, ist ein Hindernis für die volle Entfaltung des Rechts, "an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten (...) teilzunehmen" (Artikel 25 IpbpR).

Verschiedene Bewohner von Atenco konnten angesichts der Repression vom 4. Mai nicht in ihre Häuser zurückkehren, weil sie wußten, daß gegen sie Haftbefehle vorlagen. Einige mußten untertauchen, das Dorf und sogar das Land verlassen. Dadurch wurde nicht nur ihr Recht auf Meinungsäußerung und Wahl des Wohnorts verletzt, sondern sie wurden auch ihres Eigentums beraubt, und in einigen Fällen wurden ihre Häuser zerstört. Die Angst, die Polizei könne ihre Familien unter Druck setzen, um ihren Aufenthaltsort herauszufinden, ließ einige ins Dorf zurückkehren.

8. Schlußfolgerungen und Empfehlungen bezüglich Atenco

Schlußfolgerungen

1. Die CCIODH ist äußerst besorgt über die Situation der Menschenrechte im Bundesstaat México. Die CCIODH konnte feststellen, daß es bei der Umsetzung der Empfehlungen ihres vorherigen Besuchs keine wesentlichen Fortschritte gab; weder gegen die Hauptverantwortlichen noch bezüglich der Ursachen wurde ernsthaft vorgegangen.

2. Die CCIODH hat in den Organen der nationalen sowie der bundesstaatlichen Regierung nicht den Einsatz für die Menschenrechte gefunden, den sie erhofft hatte. In diesem Sinne sei nur an die Unmöglichkeit erinnert, das Hochsicherheitsgefängnis El Altiplano zu betreten, an die Tatsache, daß die Staatsanwaltschaft uns bis heute nicht die mindesten und unumgänglichen Informationen über ihre Arbeit in den analysierten Fällen hat zukommen lassen, sowie daß wir nicht von den eigentlich zuständigen Mitgliedern der befragten Organe empfangen wurden.

3. Die politischen und juristischen Autoritäten haben den Mangel an Willen und Fähigkeit zur Bestrafung der intellektuellen und materiellen Urheber der 2006 verübten gravierenden Menschenrechtsverletzungen offengelegt. Bis heute war die Antwort auf die Tode, Verletzungen, Folterungen, illegalen Festnahmen, Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffe die Straflosigkeit oder eine hauptsächlich verwaltungstechnische Strafe. Die Verantwortung betrifft absolut alle Organismen, die nach und nach die Untersuchungen übernommen haben (Staatsanwaltschaft, Spezialstaatsanwaltschaft für Gewaltdelikte gegen Frauen, Oberster Gerichtshof, bundesstaatliche Regierung, nationale Regierung und Nationale Menschenrechtskommission).

4. Auf diese Weise wurde weder Gerechtigkeit geübt noch Rehabilitierungen oder umfassende Wiedergutmachungen für die Opfer vorgenommen, das heißt medizinische, moralische und wirtschaftliche Entschädigung. Die CCIODH ist der Meinung, daß die Praxis, Opfern der Rechtsverletzungen durch Staatsbeamte Hilfen zu gewähren, in keinem Fall Gerichtsprozesse ersetzen kann, die Gerechtigkeit schaffen und die entsprechenden rechtlichen Verantwortlichkeiten aufzeigen müssen.

5. Es wurden schwerwiegende Unregelmäßigkeiten bei der Umsetzung des Istanbul-Protokolls festgestellt, besonders was die Untersuchungen der sexuellen Folterungen der Verhafteten betrifft. Ebenso wenig wurden effektive Methoden der emotionalen und psychologischen Behandlung in den Fällen von Vergewaltigung und sexuellen Angriffen gegen die Frauen, die Opfer des brutalen Einsatzes vom 3. und 4. Mai 2006 wurde, entwickelt. Es sind mehr als zwei Jahre vergangen, und immer noch gibt es keine Verfolgung der Traumata der Opfer und ihrer Familien.

6. Außer den Menschenrechtsverletzungen, die bei den Vorfällen 2006 begangen wurden, hat die CCIODH auch dokumentiert, wie in diesen zwei Jahren die Prozesse gegen die während der Vorfälle von Atenco festgenommenen Bürger systematisch die in der mexikanischen Verfassung sowie in internationalen Texten festgelegten Grundrechte verletzen.

Wie die Vielzahl der zugestandenen *Amparos* gezeigt hat, basiert die große Mehrheit der laufenden Verfahren und Strafen juristisch auf willkürlichen Festnahmen, aufgrund derer falsche Anschuldigungen vorgenommen wurden. Es gab die Tendenz, fälschlich Delikte zuzuschreiben, um die Exzesse in der Ausübung politischer Rechte zu unterdrücken (Delikte der Geiselnahme, Angriffe auf die Verkehrswege, verbrecherische Vereinigung etc.), wie im Fall von Ignacio del Valle, Felipe Álvarez und Héctor Galindo. Bei anderen Gelegenheiten wurde fälschlich der Besitz von Drogen oder Waffen unterstellt, in anderen Fällen sogar Delikte wie Raub, sexuelle Übergriffe und sogar Mord. Die Logik dieser Mechanismen ist es, die Mitglieder sozialer Bewegungen zu kriminalisieren und darüber hinaus zu verhindern, daß sie als politische Gefangene betrachtet werden.

7. In dieser repressiven Logik wurde das Gefängnis mißbräuchlich benutzt, sowohl in Form von Untersuchungshaft, die über die vorgesehenen vorbeugenden Ziele hinaus genutzt wurde, als auch durch die Gefängnisstrafen von über 67 Jahren. In einigen Fällen werden die Strafen in Hochsicherheitsgefängnissen mit Isolierung vollzogen, wo die Rechte der Gefangenen auf ein Minimum beschränkt sind. Aus all diesen Unregelmäßigkeiten wurden auch keine strafrechtlichen oder disziplinarischen Konsequenzen gezogen.

8. Wir haben mit Sorge festgestellt, daß die Feindseligkeiten gegenüber den Opfern und den Gemeinden San Salvador Atenco und Texcoco weitergehen und bei den Opfern, Kindern, Männern und Frauen Beklemmungen hervorrufen und dadurch jegliche physische und emotionale Wiederherstellung verhindern.

9. Das Klima für einen Dialog hat sich nicht verbessert. Die Unsicherheit bezüglich der politischen und ökonomischen Pläne der aktuellen Regierung, den Bau eines Flughafens wiederaufzunehmen, verstärkt die Instabilität und die Unruhe der Bevölkerung von Atenco und schafft eine schlechte Atmosphäre.

Empfehlungen

1. Es ist weiterhin unumgänglich, die tieferen Ursachen des Konflikts anzugehen, nämlich die Abwesenheit von Wegen der demokratischen Beteiligung als Basis des sozialen Zusammenlebens. Der Respekt vor den eigenen Entwicklungsformen und der Verzicht auf Projekte, die nicht einvernehmlich mit der betroffenen Bevölkerung entschieden werden, stellt den ersten Schritt dar, um einige der schärfsten derzeitigen Konflikte zu lösen. Die Wiederbelebung des Projekts des internationalen Flughafens in Atenco, wie jedes andere Projekt, ist nur zulässig, wenn es mittels Dialog, umfassender Beteiligung und Zustimmung der Bevölkerung geschieht. Ohne diese Elemente, die momentan völlig fehlen, würden dieselben Bedingungen wiederhergestellt, die zum Konflikt geführt haben.

Der einzige Weg, um zu vermeiden, daß erneut die Menschenrechte verletzt werden, führt über die Bearbeitung der Konfliktursachen. Daher muß es Ausgangspunkt jeglicher Tätigkeit der Staatsgewalt sein, auf angemessene Weise auf die Forderungen der Bevölkerung zu reagieren und deren eigene Organisationsprozesse zu respektieren.

2. Es ist dringend geboten, den Repressionsapparat gegenüber den Manifestationen sozialer und politischer Dissidenz komplett abzubauen. In diesem Sinn ist es dringend notwendig, daß die Staatsanwaltschaft des Bundesstaates sowie der Republik alle Prozesse einzustellen, in denen die Anschuldigungen auf dem oben genannten repressiven Modell beruhen, sowie den Freiheitsentzug aller politischen und Gewissensgefangenen im Bundesstaat Mexiko der Revision zu unterziehen und in jedem Fall die Hafterleichterungen oder vorzeitigen Entlassungen all denen zugute kommen zu lassen, die dazu berechtigt sind. Über die Empfehlung, sie freizulassen, hinaus hält es die CCIODH für völlig ungerechtfertigt, daß Ignacio del Valle, Felipe Álvarez und Héctor Galindo in einem Hochsicherheitsgefängnis in Isolationshaft sitzen, besonders wenn man die Unregelmäßigkeiten im Prozeß berücksichtigt.

In diesem Sinne muß sich das Handeln der verschiedenen Sicherheitskräfte des Bundesstaats in der Praxis und nicht nur formal den konstitutionellen und internationalen Vorschriften bezüglich der Menschenrechte unterordnen.

3. Deshalb ist es unumgänglich, die Staatsbeamten, die die Menschenrechte in irgendeiner Weise verletzen, strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Die Aufrechterhaltung der Straflosigkeit, die weit verbreitet und bis heute nicht korrigiert ist, stellt nicht nur die Legitimität der Behörden infrage, steigert nicht nur das Mißtrauen der Bürger gegenüber den Institutionen, sondern stellt sich als Hauptursache dafür dar, daß der Machtmißbrauch weiter um sich greift. Dafür wäre die politische Entschlossenheit der Behörden ausreichend. Allerdings wären auch einige Rechtsreformen angebracht. Folter wird im bundesstaatlichen Strafgesetzbuch als "Machtmißbrauch" typifiziert. Nirgendwo sonst geht aus dem Gesetz eine so klare Bewertung hervor. Die Folter als solche zu benennen und sie entsprechend zu bestrafen, statt sie als Mißbrauch zu bezeichnen, bedeutet nicht nur, sie den eigentlichen Präventionszielen des Strafrechts unterzuordnen. Vor allem bedeutet es, ihre Existenz anzuerkennen und den ersten Schritt hin zur Eliminierung dieser Praxis zu tun.

4. Es ist unaufschiebbar, daß der Staat die begangenen Übergriffe anerkennt, korrigiert und entschädigt. In diesem Sinn ist die Übernahme der politischen Verantwortung seitens der bundesstaatlichen und nationalen Regierung dringend nötig. Die CCIODH hält es für dringend geboten, daß die zur Zeit laufenden Untersuchungen – wie die des Obersten Gerichtshofs – zur Klärung der Verantwortlichkeiten der Staatsbeamten mit absoluter Effizienz, Unparteilichkeit, Transparenz und Strenge durchgeführt werden. Außerdem ist zu empfehlen, daß die Staatsanwaltschaft wie auch die Sonderstaatsanwaltschaft für gewalttätige Verbrechen gegen Frauen ihre Untersuchungen wiederaufnehmen und die für die Identifizierung der Verantwortlichen nötigen Zeugenaussagen und Gutachten einholen bzw. akzeptieren, bevor die Delikte verjähren.

Gleichfalls ist es unerlässlich, die Richter für die ungerechtfertigten Prozesse oder Strafen gegen die Verhafteten zur Verantwortung zu ziehen.

5. Es ist unerlässlich, daß die notwendigen Maßnahmen auf legislativer, administrativer und etatmäßiger Ebene ergriffen werden, um die Anwendung des Istanbul-Protokolls der Revision zu unterziehen, um den Respekt und die Würde der Gefolterten und die Effizienz beim Kampf gegen die Folter sicherzustellen.

6. Es müssen gesetzliche und etatmäßige Mechanismen zur Entschädigung der Opfer sichergestellt werden. Es müssen Räume der emotionalen Hilfe für die Opfer durch unabhängige Organisationen eröffnet werden. Wir sind der Ansicht, daß die Opfer die Kontrolle über ihr Leben zurückgewinnen müssen, ihre Lust, zu fühlen, zu sehen, zu lieben; sie müssen sich selbst wiedergewinnen.

7. In Mexiko muß sofort eine tiefgreifende Reform der staatlichen Institutionen von seiner eigenen Verfassung her angegangen werden. Eine der höchsten Prioritäten besteht darin, eine wirkliche und effektive Trennung zwischen Jurisdiktion und Exekutive sicherzustellen. In diesem Sinn ist es unaufschiebbar, das Modell der Ernennung von Richtern einer Revision zu unterziehen, um ihre Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Unabsetzbarkeit sicherzustellen, sowie auch, soweit noch nicht vorhanden, ein System der öffentlichen Ausschreibung einzurichten, das die Vergabe nach Verdiensten und Fähigkeiten sichert. Ebenso erweist sich ein Gesetz der Unvereinbarkeit von Posten als erforderlich, welches vermeidet, daß die verschiedenen Mächte sich überlagern. Schließlich muß zugelassen werden, daß die Opfer in den Gerichtsprozessen selbst als Partei agieren können, womit das Monopol der Staatsanwaltschaft aufgehoben würde.

8. Solange die mexikanischen Behörden unfähig sind, die Gerechtigkeit und die Entschädigung der Opfer sicherzustellen, drängt die CCIODH die mexikanische Zivilgesellschaft, mit den Organisationsprozessen zur Verteidigung der Rechte und Freiheiten fortzufahren und alle internationalen Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte in Gang zu setzen, im besonderen die des Interamerikanischen Systems, des der Vereinten Nationen und des Prinzips universeller Gerechtigkeit.